

## Werk

**Titel:** Buchbesprechung

**Ort:** Köln

**Jahr:** 1993

**PURL:** [https://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl?884817873\\_0008](https://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl?884817873_0008) | LOG\_0060

## Kontakt/Contact

[Digizeitschriften e.V.](#)  
SUB Göttingen  
Platz der Göttinger Sieben 1  
37073 Göttingen

✉ [info@digizeitschriften.de](mailto:info@digizeitschriften.de)

## Buchbesprechung

**Götz Aly/Susanne Heim, Das Zentrale Staatsarchiv in Moskau (»Sonderarchiv«). Rekonstruktion und Bestandsverzeichnis verschollen geglaubten Schriftguts aus der NS-Zeit. Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 1992, 58 Seiten**

NICHT nur die Gemüter der Fachwelt wurden in den letzten Jahren von Veröffentlichungen vor allem in historischen Fachzeitschriften erregt, die über die sich öffnenden Archive in der GUS, vor allem die zentralen Archive in Moskau, berichteten. Über Jahrzehnte hinweg galten äußerst wertvolle Aktenbestände aus zentralen und regionalen Archiven und Behörden des Deutschen Reiches, Nachlässe von bedeutenden Persönlichkeiten und von Institutionen als verschollen. Nach den großen Rückgabeaktionen der Sowjetunion an die DDR in den fünfziger und sechziger Jahren, waren trotz langwieriger und beharrlicher Bemühungen der Staatlichen Archivverwaltung der DDR und einzelner Forscher über viele Jahre keinerlei Informationen über noch in der UdSSR vorhandenes Archivgut zu erlangen. Einen ersten Durchbruch erzielte 1988 das Militärarchiv der DDR mit der Rückgabe deutscher Archivalien, die sich in Aufbewahrung beim Zentralen Staatsarchiv der Sowjetarmee befanden.

Die ersten Veröffentlichungen über neuzugängliche sowjetische Archive, vor al-

lem des Zentralen Parteiarchivs beim ZK der KPdSU, gaben Hinweise auf deutsche Archivalien. Nachgerade eine internationale Sensation war jedoch die erstmalige Erwähnung des sogenannten Sonderarchivs, von dessen Existenz offensichtlich nur den wenigsten sowjetischen Archivaren im Zuständigkeitsbereich der Zentralen Staatlichen Archivhauptverwaltung etwas bekannt war. Eine erste Sichtung der Findhilfsmittel zu den relevanten Beständen nahmen zwei Archivare des Bundesarchivs vor (Kai von Jena/Wilhelm Lenz, Die deutschen Bestände im Sonderarchiv in Moskau, in: *Der Archivar* (1992) 3, Sp. 457-468). Doch nun liegt eine Veröffentlichung vor, die es gestattet, sich ein gründlicheres Bild vom Inhalt der Überlieferung zu verschaffen.

Galt das Forschungsanliegen der Autoren der hier zu besprechenden Publikation in erster Linie der Ermittlung von Archivgut der deutschen Gewerkschaften aus der Zeit vor 1933, so ist es ihrem Forschungseifer, ihren langjährigen Erfahrungen aus der Arbeit in Archiven und ihrem großen Fleiß zu verdanken, daß in kurzer Zeit eine Arbeit entstand, die für alle Forscher, die sich mit der Geschichte des 20. Jahrhunderts beschäftigen, zu einem unentbehrlichen Hilfsmittel werden wird. Die im Untertitel angebrachte, einschränkende Bemerkung »Schriftgut aus der NS-Zeit« ist etwas irreführend, da es sich, wie bei Nachlässen und der Überlieferung jüdischer Institutionen und Persönlichkeiten, teilweise um Archivgut handelt, das bis in die Mitte des vergangenen Jahrhunderts zurückreicht.

Während Jena und Lenz eine Gliederung der Überlieferung in drei Gruppen vornehmen: Deutsches Reich, Österreich und Provenienzen aus anderen Ländern, untergliedern Aly und Heim, ausgehend wohl auch von ihrem Forschungsauftrag, in neun Abschnitte: Bestände deutscher Provenienz; Aktenbestände österreichischer Herkunft; Dokumente, die die Deutschen in besetzten Gebieten erbeute-

ten; Dokumente von Verlagen, Organisationen und einzelnen Persönlichkeiten im (zumeist) französischen Exil; Dokumente und Sammlungen jüdischer Organisationen und Persönlichkeiten; Dokumente von Freimaurerlogen und -vereinigungen, einschließlich der an andere Archive abgegebenen Bestände, Bestände sozialistischer und gewerkschaftlicher Organisationen in Deutschland; Bestände, die an andere Archive abgegeben wurden; Verschiedenes.

Mußten sich Jena und Lenz aus Zeitgründen mit einer Auflistung der Bestände begnügen, beschäftigen sich Aly und Heim intensiv mit den in großem Umfang vorliegenden Findhilfsmitteln. Dabei gelangen sie zu der wichtigen Feststellung, daß sich aus den in diesen Findhilfsmitteln angebrachten Hinweisen sowohl die Rückgaben an die DDR als auch Abgaben an andere sowjetische Archive wie z.B. an das Archiv des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten rekonstruieren und Inhalt und Umfang der noch tatsächlich im Sonderarchiv vorhandenen Akten wesentlich präzisieren lassen.

Die Benutzung ihrer Arbeit für den deutschen Leser wird allerdings dadurch erschwert, daß sie sich an die sehr willkürliche Bestandsabfolge der Sonderarchive halten, die durch ihre formalnumerische Abfolge von der üblichen Ordnung der deutschen Archive nach den großen Gruppen staatlichen und nichtstaatlichen Archivguts und Untergruppen für bestimmte gesellschaftliche Bereiche, erheblich abweicht. Ein Personen- und Institutionenregister wäre zudem hilfreich gewesen. Für die deutsche Forschung besonders interessant scheinen nach den Feststellungen von Aly und Heim erstens die Bestände zu zentralen Reichsbehörden und -institutionen, zu überregional bedeutsamen Verbänden und Personen zu sein. Darunter fallen u.a. das Reichssicherheitshauptamt mit ca. 3.000 Akten, die Zentralbauleitung der SS im Konzentrationslager Auschwitz mit 2.370 Akten, Reichsgericht/Reichsanwaltschaft Leipzig mit 14.355

Akten, das Reichsministerium des Innern mit 14.544 Akten (davon 11.457 Personalakten), der Beauftragte für den Vierjahresplan mit 337 Akten. Weiterhin sind umfangreiche Nachlässe verzeichnet, u.a. der Walther Rathenaus mit 910, Josef Wirths mit 532 Akten. Vergeblich sucht man allerdings den bei Jena und Lenz angeführten Bestand des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung (fond 772) mit immerhin 1.382 Akteneinheiten, in dem ganz wesentliche Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung in den zwanziger Jahren zu vermuten sind.

Zweitens sind von großem Interesse die Bestände regionaler Institutionen wie u.a. der Gestapo Berlin mit ca. 1.000 Akten, dem Polizeipräsidium Berlin mit 299 Akten und der Gestapo Weimar mit 2.711 Akten, wiederum Nachlässe und Archivgut von Verbänden und Vereinen. Drittens dürften schließlich Archivalien von Bedeutung sein, die vor allem bei Emigranten in Frankreich beschlagnahmt wurden und von denen wesentliche Teile bislang im Bundesarchiv, Abteilung Potsdam, aufbewahrt wurden. Dazu zählen Redaktionsarchive der »Pariser Tageszeitung«, des »Pariser Tageblatts«, des »Neuen Tagebuchs« und die Nachlässe Hans Altmann, Georg Bernhard, Josef Breitbach, Paul Nathan, Eugen Spiro u. a.

Eine wichtige Ergänzung der im Bundesarchiv aufbewahrten Bestände jüdischer Organisationen und Persönlichkeiten stellt sicher das sehr intensiv beschriebene Archivgut jüdischer Provenienz dar (S. 38-41). Wichtig der Hinweis auf die schon 1957 überwiegend an die DDR abgegebenen Bestände der Freimaurerlogen (S. 43-47). Zu hoffen bleibt, daß die beschriebenen Bestände möglichst schnell in die Bundesrepublik zurückgeführt, im Bundesarchiv den dort vorhandenen Teilbeständen eingegliedert und der Benutzung uneingeschränkt zugänglich gemacht werden können. Für die Übergangszeit bis zur Rückführung nach

Deutschland sind sicher die von Aly und Heim im Einleitungsteil ihrer Veröffentlichung gegebenen praktischen Hinweise zur Benutzung des Sonderarchivs recht hilfreich.

*Gerlinde Grahn*

---

**Gerd Wysocki, Arbeit für den Krieg, Herrschaftsmechanismen in der Rüstungsindustrie des »Dritten Reiches«. Arbeitseinsatz, Sozialpolitik und staatspolizeiliche Repression bei den Reichswerken »Hermann Göring« im Salzgitter-Gebiet 1937/38 bis 1945. Steinweg Verlag Braunschweig 1992, 607 Seiten, 49,80 DM**

SEIT den Arbeiten von Mason über »Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft« ist die Frage nach dem Verhalten der Arbeiter gegenüber Nationalsozialismus und faschistischem Regime stärker in den Blickpunkt geraten. Im Gegensatz zur damaligen Position Masons wird dabei die Anpassung und Akzeptanz als Folge sozialpolitischer Maßnahmen und Propaganda betont. Bedeutung, Formen und Funktionen des Terrors werden allerdings kaum thematisiert.

Die nun vorliegende, überarbeitete Dissertation von Gerd Wysocki zielt gerade auf dieses Defizit. An einem konkreten betrieblichen Beispiel, den Reichswerken »Hermann Göring« im Salzgitter-Gebiet, werden die Zusammenhänge von Rüstungswirtschaft, Arbeitseinsatzplanung, Sozialpolitik, Arbeiterverhalten, betrieblicher und staatspolizeilicher Herrschaft und Repression detailliert untersucht. Die Arbeit stützt sich auf eine breite Quellenbasis. Ausgewertet wurden zahlreiche Bestände aus dem Bereich der Wirtschaft,

Arbeitsverwaltung und des Verfolgungsapparates. Das Ergebnis ist eine enorm dichte Darstellung, die von ihrem Ansatz her wegweisend ist. Sie wird ergänzt durch Dokumente, Statistiken und viele eindrucksvolle Fotos.

Wysocki beschäftigt sich zunächst mit der Entstehung und Entwicklung der Reichswerke »Hermann Göring« (HGW) im Rahmen des Vierjahrplanes und während des Krieges. Die HGW errichteten im Salzgitter-Gebiet einen riesigen Industriekomplex zur Verhüttung und Verarbeitung der dort vorkommenden sauren Erze. Das ganze Gebiet, bis dahin gab es dort nur einige Dörfer, war völlig neu zu gestalten. Eine Stadt, Siedlungen und Barackenlager mußten errichtet, Verwaltung und Infrastruktur neu aufgebaut werden – kurz, es war ein Gebiet, in dem der Gestaltungswille der faschistischen Planer sich frei betätigen konnte, um eine NS-Musterstadt und -region aufzubauen. Es wurde versucht, die ökonomische Modernisierung nach amerikanischem Vorbild, aber mit spezifisch faschistischer Arbeitseinsatz-, Sozial- und Repressionspolitik zu vollziehen. Um es vorwegzunehmen: Das Ergebnis war ein Alptraum. Zehntausende von Arbeitssklaven unterschiedlichen Status wurden beherrscht und dirigiert von einer dünnen Schicht von Sachwaltern verschiedener Apparate durch ein abgestuftes Instrumentarium von Belohnungen und Strafen – von der Ernennung zum »Stammgefolgschaftsmitglied« bis hin zur Abschiebung der Arbeitsunfähigen in Sterbelager und der Exekution von Arbeitsverweigerern und Gegnern.

Die geforderten höheren Leistungen wurden durch Rationalisierung, Leistungsdruck und Antreiben, aber auch durch die Einführung eines neuen Lohngruppen- und Akkordsystems 1943 zu erreichen gesucht. Tatsächlich aber »beruhte ihre Lohnpolitik (in den Betrieben der HGW, L.E.) auf betrieblichen und zum Teil sogar persönlichen Vereinbarungen« (S. 200), soweit es die deutschen Arbeiter betraf. Es

gelang durch den Einsatz einer großen Zahl von Zwangsarbeitern, »das Lohnniveau der Zivilarbeiter erheblich zu drücken«, während gleichzeitig das der Beamten und Angestellten angehoben wurde (S. 202).

Wysocki zeigt am Beispiel der HGW die verschiedenen Aspekte der betrieblichen Herrschaft: soziale Konzessionen für wichtige Arbeitergruppen, Heraushebung durch Hierarchisierung nach rassistischen und nationalistischen Kriterien wie auch nach Qualifikation und dementsprechende Abstufung des Terrors. Arbeiter, die »Gewähr für weltanschaulich einwandfreie Haltung, gute Arbeitsleistungen, Kameradschaftlichkeit und Betriebsstreue« boten - in erster Linie Deutsche - wurden zu »Stammgefolgenschaftsmitgliedern« ernannt und kamen in den Genuß betrieblicher Sozialleistungen. Aber auch nur eine Minderheit der deutschen Arbeiter erlangte diesen privilegierten Status.

Die betriebliche Gesundheitspolitik der HGW fand im »Reichswerke-Modell« in der Rüstungswirtschaft große Verbreitung. Besonderer Wert wurde dabei auf die Kontrolle des Gesundheitswesens durch die Betriebs- und Vertrauensärzte und die Betriebskrankenkasse gelegt. Durch Vermeidung von Fehlzeiten sollte eine Leistungssteigerung erreicht werden. Elemente dieser »Gesundheitspolitik« waren Kontrollen der Kranken, schnelles »Gesundschreiben« und Abschieben längerfristig arbeitsunfähiger ausländischer Arbeiter in Todeslager.

Bei den HGW sind keine kollektiven Gehorsamsverweigerungen oder Streiks deutscher Arbeiter überliefert. Wysocki sieht dies im Zusammenhang mit der Arbeitsmoral, d.h. dem Selbstverständnis der deutschen Arbeiter. Die Propaganda des Regimes stellte es als Ideal hin, in seinem Beruf kompetent zu sein, gute Arbeitsleistungen zu erbringen und Qualitätsprodukte herzustellen. Wer schlecht arbeitete oder häufig fehlte, galt als »Bummelant«. Zur Verteidigung des Besitzstandes be-

schrritten die deutschen Arbeiter die vorgeschriebenen Wege (DAF, Arbeitsgericht etc.); häufig wurde aber auch das vergleichsweise wirksame Mittel der Abwanderung gewählt. Die Abwanderung war - neben der schwer meßbaren Leistungszurückhaltung - eine der wichtigsten Erscheinungsformen der »Widersetzlichkeit« und zugleich eines der zentralen Probleme der betrieblichen Arbeitseinsatzpolitik.

Der Aufbau und das Funktionieren des staatspolizeilichen Repressionsapparates, der mit der Errichtung eines Arbeitsstraf-lagers 1940 (später Arbeitserziehungslager) seine Kompetenz weit in die zivile Gesellschaft ausdehnte, wird detailliert dargestellt. Das »Arbeitserziehungslager« war nicht nur für die HGW die notwendige Ergänzung der Sozialpolitik und ein Mittel zur Steigerung der Arbeitsleistung - etwa dann, wenn ausländische Arbeiter auf unerfüllte Versprechungen oder unerträgliche Bedingungen mit Leistungszurückhaltung und Protest reagierten. Das »Arbeitserziehungslager Watenstedt« (»Lager 21«) stand an Schrecken und Terror den Konzentrationslagern dieser Zeit nicht nach.

Eine zentrale Rolle bei der Verfolgung der Leistungsverweigerung und bei der Disziplinierung der Arbeiter besaßen nach Wysocki die »Abwehrbeauftragten« im Betrieb, zumeist Betriebsleiter. Bei ihnen war die »betriebliche mit der staatlichen Machtausübung institutionell verknüpft« (S. 379). Sie organisierten die Überwachung und waren »zentrale Nachrichten- und Informationsknotenpunkte der Betriebsführer und der Gestapo«. Die Tätigkeit der Gestapo reduzierte sich auf den »Strafvollzug«, die Ermittlung und Strafzumessung geschah weitgehend im Betrieb. Ein Beitrag dazu waren auch die betrieblichen Schnelltribunale zur Bekämpfung der »Bummelanten«, die 1942 eingeführt wurden und im Falle der HGW mit je einem Vertreter des Reichstreuhänders und der Gestapo und drei

Vertretern des Werkes (Werksleitung, Werksarzt, Abwehrbeauftragter) besetzt waren (S. 420). Sie verhängten Strafen von der Verwarnung bis hin zur Einweisung in das Arbeitserziehungs- oder ein Konzentrationslager. Für viele kam die Einweisung einem Todesurteil gleich. Dieses gemeinsame Auftreten schloß Kompetenzkonflikte zwischen Gestapo und Arbeitsverwaltung bzw. Gestapo und Betrieben nicht aus.

Wysocki hebt in seinem Fazit die besondere Rolle der Gestapo hervor: »Als wesentlicher Faktor für die Stabilität des nationalsozialistischen Regimes erwies sich die Existenz einer politischen Geheimpolizei, die gegenüber den Arbeitern strategisch und taktisch in der Offensive war und die Initiative des Handelns behielt. Die Tätigkeit der Gestapo äußerte sich sowohl in offenen Terrormaßnahmen, die im Verlauf des Krieges verschärft und differenziert wurden als auch in prophylaktischen Vorgehensweisen. Die Wirksamkeit des staatspolizeilichen Handelns in der Rüstungsproduktion beruhte vor allem darauf, daß staatspolizeiliche Funktionen und Maßnahmen institutionell und arbeitsteilig mit der Betriebs- und Personalpolitik der Unternehmen verschmolzen.« (S. 452).

Arbeitseinsatz, Sozialpolitik und Terror waren so untrennbar verknüpft und voneinander abhängig. Dabei verlagerte sich im Verlauf des Krieges der Schwerpunkt immer mehr zur Repression. Wysockis Studie macht auch die Macht von Großunternehmen deutlich, die z.B. beim Arbeitseinsatz und bei der Repression geltende Kompetenzzuweisungen und Handlungsanweisungen ignorierten und nach betrieblichen Interessen handelten, häufig zum Nachteil ihrer Arbeiter. Dies gilt vermutlich auch für andere Konzerne wie Siemens, I.G. Farben etc., wäre aber durch vergleichende Untersuchungen zu belegen. Erst danach ließe sich die Frage beantworten, ob die Verhältnisse bei den Reichswerken für NS/SS-dominierte

Wirtschaftsbetriebe oder generell für Großunternehmen charakteristisch waren. Oder hatten die HGW Vorreiterfunktion und sollten Standards setzen für die Zukunft?

Wysocki schließt mit einem Verweis auf Milward und stellt fest, »daß die Produktivität der deutschen Rüstungsindustrie dem Standard der US-Ökonomie nicht nur weit unterlegen blieb, sondern daß auch nur ein relativ niedriges Leistungsniveau der deutschen Arbeiter und ein insgesamt unwirtschaftlicher Einsatz der Zwangsarbeit erreicht wurde« (S. 468). Daraus ergeben sich Fragen: Lagen dieser Differenz technische und arbeitsorganisatorische Ursachen zugrunde oder die prinzipielle Unterlegenheit eines auf Repression gegründeten Systems? War die begrenzte Leistungsfähigkeit nicht auch in einer Leistungsverweigerung begründet und damit Ausdruck eines Dissens' zum System?

*Ludwig Eiber*

---

**Fritz Petrick, Der »Leichtmetallausbau Norwegen« 1940-1945. Eine Studie zur deutschen Expansions- und Okkupationspolitik in Nordeuropa. Peter Lang Verlag (Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Band 512), Frankfurt am Main 1992, 224 Seiten, 68,00 DM**

ÜBER das Verhältnis von Staat und Wirtschaft im Dritten Reich wird bekanntlich seit langem heftig und nicht immer mit der wünschenswerten empirischen Fundierung diskutiert. Nicht zuletzt in der Absicht, die mitunter fruchtlosen Debatten auf den sicheren Grund der Tatsachen zurückzuführen, legt Fritz Petrick nunmehr eine minutiöse Studie, ur-

sprünglich seine Greifswalder Habilschrift von 1984, über eines der ambitioniertesten Projekte deutscher Wirtschafts- und Expansionspolitik während des zweiten Weltkrieges in überarbeiteter Fassung vor.

Nach einer ausführlichen Einleitung über die Entwicklung der Leichtmetallindustrie, ihre Produktionsmethoden, Standorte und internationalen Verflechtungen bis zur Weltwirtschaftskrise beleuchtet der Autor den durch die Aufrüstung, insbesondere den Aufbau einer neuen Luftwaffe, seit 1933 sprunghaft gestiegenen Aluminiumbedarf des Reiches, der bereits 1937 durch die deutsche Produktion nicht mehr gedeckt werden konnte. Der Beginn des Krieges 1939 verschärfte die Situation noch weiter und ließ gleichzeitig langfristige Ausbaupläne zugunsten der Notwendigkeit rascher Lösungen in den Hintergrund treten. Als einziger Ausweg aus dem Dilemma boten sich vermehrte Importe aus der Schweiz und Norwegen an, doch gingen die Erzeugnisse der norwegischen Hütten überwiegend nach Großbritannien.

Dieser für die deutsche Seite wenig befriedigende Zustand änderte sich schlagartig mit der militärischen Besetzung Norwegens zwischen April und Juni 1940. In enger Verbindung mit den Plänen zum Ausbau der noch kaum genutzten Wasserkraft zur Elektrizitätsgewinnung überboten sich nun deutsche Konzerne, allen voran die I.G. Farben, in der Erstellung immer phantastischerer Projekte für die Ankurbelung der Aluminiumproduktion im Land der Fjorde. Assistiert bzw. angespornt wurden die Großunternehmen durch Dienststellen des Reiches, insbesondere Görings Reichsluftfahrtministerium, welches eine weitere Vergrößerung der Luftwaffe betrieb.

Freilich erwies sich schon sehr bald, daß die euphorischen Planungen unter den Bedingungen des Krieges nicht in die Wirklichkeit umzusetzen waren. Der immer drückendere Mangel an Devisen, Maschinen, Transportraum und Arbeitskräf-

ten für die Großbaustellen, verschärft durch Sabotage und passiven Widerstand der Arbeiter, zwang dazu, die Ausbauprojekte sukzessive einzuschränken und schließlich auf die Zeit nach Kriegsende zu vertagen. So konstatiert Petrick treffend, daß die zu einem Gutteil irrationalen Visionen über den Leichtmetallausbau Norwegens vollkommen gescheitert sind. Es gelang nicht einmal, die bereits vorhandenen Kapazitäten auszunutzen, so daß Norwegen während des zweiten Weltkrieges nur sechs Prozent des deutschen Aluminiumbedarfs decken konnte.

Bei der Analyse der deutschen Vorhaben und der ergriffenen Maßnahmen unter dem Gesichtspunkt der eingangs erwähnten übergreifenden Fragestellungen gelangt der Autor zu einer Reihe bemerkenswerter Erkenntnisse, die er mit überzeugenden Argumenten und auf breiter Quellenbasis gegen die Ansichten der älteren Literatur ausbreitet. Petrick vermeidet jedes monokausale Erklärungsmuster, insbesondere auch jede einseitige Festlegung in dem alten Streit, ob privates Kapital für politische Macht eingesetzt worden sei oder umgekehrt. Der vom Verfasser in allen Einzelheiten geschilderte Prozeß der »Eskalation kumulierender Expansionsbestrebungen« (S. 148) mit immer neuen Vorstößen deutscher Konzerne, Firmengründungen, Beteiligungen, der Erstellung immer neuer Pläne mit ständig wechselnden Prioritäten, läßt in der Tat nur den einen Schluß zu, daß Staat und Wirtschaft im Dritten Reich eben keineswegs homogen waren, sondern die Fronten vielmehr zwischen verschiedenen staatlichen Ressorts (Reichskommissar für die besetzten norwegischen Gebiete, Reichsluftfahrtministerium, Vierjahresplan, Reichswirtschaftsministerium) und mit ihnen verbundenen Unternehmen verliefen (S. 197).

So schwer durchschaubar sich dieses Wirrwarr der NS-Polykratie auch ausnimmt, so wenig Anhaltspunkte liefert das norwegische Beispiel für die These

vom Kommando der Wirtschaft über den Staat. Daß deutsche Konzerne sich in Friedens- wie Kriegszeiten bemühten, in die gewinnverheißende Entwicklung der noch unerschlossenen norwegischen Ressourcen zu investieren, war und ist unter den Rahmenbedingungen einer kapitalistischen Wirtschaft nicht gerade etwas Außergewöhnliches. Petrick verabsäumt auch nicht, auf das bereits vor 1914 sehr starke Engagement französischen, britischen und amerikanischen Kapitals in Norwegen hinzuweisen. Ein wichtiger Einbruch in norwegische Großunternehmen gelang der deutschen Seite ab 1940 ja gerade durch rücksichtslose Übernahme dieser Anteile der Feindstaaten. Solange die Interessen von Staat und Wirtschaft in der ersten Kriegshälfte weitgehend parallel liefen, stellte sich im Grunde das Problem von Über- bzw. Unterordnung in der Praxis nicht. Aufschlußreich ist hingegen der Verlauf jener Auseinandersetzungen, die man heute Verteilungskonflikte nennen würde: Als Hitler und, ihm folgend, die Wehrmachtsführung ab 1941/42 von der fixen Idee einer bevorstehenden alliierten Landung in Norwegen besessen waren, erhielten die Befestigungsbauten der Wehrmacht oberste Priorität - auf Kosten der Baustellen für den Leichtmetallausbau (S. 151).

Ebenso ergiebig ist das von Petrick zusammengetragene Material für die Beleuchtung des Verhältnisses der deutschen Okkupationsmacht zu einheimischen Kollaborateuren. Die auch nach der Besetzung gültigen norwegischen Konzessionsgesetze schränkten nämlich die Möglichkeiten ausländischer Firmen, sich in Norwegen festzusetzen, ganz erheblich ein. Da die Kollaborationsregierung Quislings an den Gesetzen aus Gründen nationalen Prestiges hartnäckig festhielt und sie der Reichskommissar nicht einfach außer Kraft setzen konnte, ja dies gar nicht anstrebte (S. 127), mußten die deutschen Konzerne aufwendige Umgehungskonstruktionen mit Strohmännern, getarnten

Beteiligungen etc. ersinnen, um den von ihnen als unabdingbar erachteten Einfluß auf die Projekte sicherzustellen. Erst eine der typischen ad-hoc-Entscheidungen Hitlers ermächtigte den Reichskommissar im Sommer 1942, sich über das norwegische Recht hinwegzusetzen (S. 161).

Die sehr quellennah geschriebene Studie vermittelt somit eine Fülle weiterführender Erkenntnisse zu unterschiedlichen Problemkomplexen. Man sollte daher das ehrgeizige Projekt des Leichtmetallausbaus Norwegen nicht als eine letztlich folgenlose Phantasterei, als bloßen Beleg für den Realitätsverlust der Rüstungssteuerung im Dritten Reich, mißverstehen, sondern als offensichtlichen Akt der wirtschaftspolitischen Annexion Norwegens (S. 198) in all seinen Facetten würdigen. Dank der langjährigen Bemühungen Fritz Petricks, das weitverstreute Quellenmaterial zusammenzutragen und differenziert zu analysieren, kann das bislang von Mythen umrankte gigantomanische Projekt des Leichtmetallausbaus Norwegen als abschließend erforscht gelten.

*Martin Moll*

---

**Wolfgang Reinhard, Geschichte der europäischen Expansion. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, 4 Bde., 1983-1990. Bd. 1: Die Alte Welt bis 1818 (1983), 279 Seiten, 89,00 DM; Bd. 2: Die neue Welt (1985), 352 Seiten, 98,00 DM; Bd. 3: Die Alte Welt seit 1818 (1988), 264 Seiten, 89,00 DM; Bd. 4: Dritte Welt Afrika (1990), 286 Seiten, 98,00 DM**

**I**N seinem nun vollständig vorliegenden vierbändigen Werk unternimmt Reinhard den ehrgeizigen Versuch, eine wissenschaftliche Gesamtdarstellung der euro-

päischen Expansion von den Anfängen im portugiesischen Mittelalter bis zur politischen Dekolonisation der Gegenwart zu schreiben. Der Autor rechtfertigt sein Unternehmen mit dem Willen, »die historische Synthese nicht endgültig dem Buchbinder zu überlassen«. Der Bedarf an einer zusammenfassenden, gleichwohl den Forschungsstand voll berücksichtigenden Darstellung der Geschichte der europäischen Expansion ist in der Tat nicht von der Hand zu weisen, denn es gibt zu diesem Bereich lediglich eine insgesamt nicht mehr zu überblickende Masse von Spezialstudien, die gerade Neueinsteigern den Zugang zur Gesamtproblematik oft unmöglich macht.

Reinhard versucht, nach Zeitepochen und Kontinenten gegliedert, den in sich verflochtenen Gesamtprozeß der politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Interaktionen zwischen Europa und den außereuropäischen Regionen, Völkern und Gesellschaften zu erfassen. Dieser Ansatz bringt eine empirische Herangehensweise mit sich. Bisher formulierte theoretische Modelle werden nicht einbezogen, weil sie nur zeit- oder regionalgebundene Charakteristika der europäischen Expansion beschreiben. Der Autor verbindet Ereignis- und Strukturgeschichte des Expansions- und des äußerst komplexen Interaktionsprozesses; die politischen und ökonomischen Dimensionen werden ebensowenig vernachlässigt wie kulturelle Fragen oder technische Aspekte. Zudem thematisiert Reinhard die unbeabsichtigten Nebenwirkungen in der außereuropäischen Welt und die mannigfachen Rückwirkungen der europäischen Expansion auf Europa selbst.

Der Autor konstatiert selbst eine gewisse »Europazentrik« seiner Darstellung. Er begründet sie mit dem meines Erachtens richtigen Hinweis, daß von außen eine einheitliche Sicht auf die betroffenen Länder zu gewinnen unmöglich sei, »weil die Einheit des weltgeschichtlichen Vorgangs 'europäische Expansion' auf dem Primat

der europäischen Initiativen beruht. Nur Ausschnitte lassen sich aus der Sicht der Betroffenen darstellen, nicht aber das Ganze«. Im übrigen unterstreicht Reinhard mehrfach, daß nicht allein die Europäer, sondern auch die Afrikaner, Asiaten und Amerikaner den Prozeß mitbestimmt haben. Dieser Ansatz, nach der Interaktion der »Europäer« mit den »Anderen« in den verschiedenen Erdräumen zu fragen, ist eine der großen Stärken des Werkes.

Wolfgang Reinhard gliedert sein Werk nach Zeitepochen und Kontinenten in vier Teile. Band 1 ist der »Alten Welt« bis 1818 gewidmet. Er bietet zunächst einen Überblick vom Alexanderzug bis Marco Polo. Dann werden die beiden ersten Wellen europäischen Vordringens nach Asien, Australien und Ozeanien behandelt, die Unternehmungen der Portugiesen und die nordwesteuropäischen Monopolesellschaften. Das Mit- und Gegen-einander von Kaufleuten und Militärs, Politikern und Abenteurern, religiösen Orden und Handelsgesellschaften, Dynastien und Staaten, von Portugiesen, Spaniern, Franzosen, Engländern, Niederländern und Russen in den Randländern des Indischen und des westlichen Pazifischen Ozeans wird eindrucksvoll herausgearbeitet. Reinhard schildert die Expansionsfahrten unpathetisch, unter Hervorhebung der »bisweilen wahnwitzig anmutenden Verwegenheit« und des oft »kalkulierten Terrors gegen die Konkurrenz«. Auch die asiatischen Verhältnisse und Interessen werden eindringlich und lebendig dargestellt. Besonders gut gelungen ist die intensive und kenntnisreiche Beschreibung der jesuitischen »Missionsstrategien« in China, Japan und Indien mit ihren Erfolgen und ihrem letztendlichen Scheitern. Der Text wird, wie in den anderen Bänden auch, sinnvoll ergänzt durch Bilder, Karten, Grafiken und Zahlentabellen.

Band 2 beschäftigt sich mit der europäischen Expansion in die »Neue Welt« Amerika, fügt also dem ersten Band die

dort nicht ganz problemlos über drei Jahrhunderte ausgeklammerte »westliche Hälfte« hinzu. Nach einem Blick auf die vorkolumbianische Zeit in Amerika werden nicht nur Entstehung und Struktur der spanischen, portugiesischen, niederländischen, französischen und englischen Besitzungen dargestellt, sondern auch ihr jeweiliger Standort im frühneuzeitlichen Weltssystem zur Sprache gebracht. Die amerikanische Unabhängigkeitsbewegung, die »erste Dekolonisation der neueren Geschichte«, wird analysiert, aber auch die kolonialen Aktivitäten der Amerikaner selbst. Auch die nicht-europäische Seite kommt zu ihrem Recht. Der Leser erfährt viel über afrikanische Zwangsewanderung, über die amerikanischen Ureinwohner und ihre Weiterentwicklung; die Ausbreitung amerikanischer Pflanzen wird bis nach China verfolgt. Etwas bedauerlich ist, daß Reinhard wissenschaftliche Kontroversen allerhöchstens andeutet. Das gelungene Schlußkapitel des Bandes bilanziert den interkontinentalen Austausch zwischen Neuer und Alter Welt. Deutlich herausgearbeitet wird zum Beispiel, wie zögerlich und jeweils interessengebunden das in der frühen Neuzeit immer noch dominant antiken Kulturtraditionen verhaftete Europa die Neue Welt wahrgenommen hat, aus der es vornehmlich Edelmetalle und Agrarprodukte importierte.

Band 3 behandelt in Fortsetzung von Band 1 die »Alte Welt seit 1818«, das heißt die in sich sehr unterschiedliche Expansion und Dekolonisation des 19. und 20. Jahrhunderts in Asien, Australien und im Pazifik. In fünf historischen Längsschnitten untersucht Reinhard zunächst Expansionen vornehmlich europäischer, aber auch asiatischer Mächte in Süd-, Südost- und Ostasien, in Australien und im pazifischen Raum. Darauf folgen zeitlich begrenzte historische Querschnitte, u.a. über die imperialistische Rivalität der Seemächte, die orientalische Frage und den Ersten Weltkrieg sowie den japani-

schen Imperialismus und den Zweiten Weltkrieg. Das abschließende Kapitel »Orient und Okzident. Eurasiatische Wechselwirkungen« faßt das in diesem Band weitgespannte Panorama eines äußerst heterogenen Expansionsprozesses noch einmal zusammen. Die Interaktionen zwischen Europa und Asien in den verschiedenen Phasen der Berührung und Auseinandersetzung zwischen Mittelalter und Gegenwart in ökonomischer, wissenschaftlicher, kultureller und religiöser Hinsicht werden hier systematisch noch einmal hervorgehoben.

Band 4 schließlich ist dem afrikanischen Kontinent gewidmet, wobei der Bandtitel »Dritte Welt Afrika« zweierlei impliziert. Zum einen war Afrika in zeitlicher Reihenfolge der dritte große Erdraum, den sich Europäer unterworfen haben. Zum anderen will der Titel »die mit dem Begriff 'Dritte Welt' sonst verbundenen Vorstellungen wachrufen«; Reinhard konstatiert zu Recht, daß Afrika mehr als jeder andere Erdteil unter den nachkolonialen Zuständen leidet. Nach einem straffen Überblick über die ältere Geschichte Afrikas und seiner Beziehungen zu Europa stehen die Durchdringung des Kontinents durch die Europäer seit dem 19. Jahrhundert sowie der Prozeß der Dekolonisation im Mittelpunkt. Die Phasen der imperialistischen Expansion, in deren Folge sich vor allem England und Frankreich Afrika teilen, werden in ihren wesentlichen Zügen beschrieben. Daneben betrachtet Reinhard das System der Kolonialherrschaft in strukturgeschichtlicher Weise. Er vergleicht für die einzelnen Kolonien Rechtsstatus, Verwaltung, Wirtschaft, Gesellschaft und andere Aspekte, um Unterschiede und Äußerlichkeiten, Zielsetzungen und Einstellungen der Kolonialmächte herauszuarbeiten, behält aber auch die Möglichkeiten für die Kontinuität afrikanischer Institutionen und Systeme im Blick. Die Darstellung der Dekolonisation besteht leider größtenteils aus einer trockenen Aufzählung der wichtigsten Er-

eignisse, wie überhaupt - im Gegensatz zu den anderen Bänden - die Darstellung in mehreren Kapiteln zu komprimiert und damit beinahe unlesbar ist. Wegen des beschränkten Platzes und des gewaltigen Themas sah sich Reinhard genötigt, streckenweise extrem knapp zusammengefaßte Einzelbeispiele aneinanderzureihen. Die Ergebnisse zahlreicher Studien werden dann in wenige, von Fachtermini wimmelnde Sätze gepreßt. Daneben gibt es auch außerordentlich lesenswerte Abschnitte, so die ökonomische Bilanz der Kolonisierung Afrikas. Besonders wichtig ist für den Autor, daß die Europäer - häufig unter enormen Kosten für die eigene Staatskasse - strukturelle Fehlentwicklungen in Afrika in Gang gesetzt haben, unter denen der Kontinent noch heute leidet.

Zwei kurze Abschlußkapitel sind der Abrundung des Gesamtwerkes gewidmet: eine Schilderung der Erschließung der Polargebiete als Epilog des Kolonialismus und eine Synthese über die Dialektik des Kolonialismus. Hier weist Reinhard erneut auf die Grenzen globaler Theorien hin und unterstreicht, daß die Geschichte der europäischen Expansion wesentlich von Binnenkonflikten zwischen den Europäern bzw. den Kolonisierten selbst sowie von den unbeabsichtigten Folgewirkungen ihres Handelns bestimmt war.

Für alle Bände wäre sicherlich eine Reihe von einzelnen Kritikpunkten zu nennen, die jedoch in keiner Weise das positive Gesamturteil über diese Pionierleistung beeinträchtigen. Reinhard hat, selbstverständlich mit Hilfe zahlreicher Studierender und Assistenten, eine ungeheure Fülle von Literatur und gedrucktem Quellenmaterial zu einer aspektreichen, vielschichtigen Synthese des europäischen Expansionsprozesses verarbeitet. Sie könnte nicht zuletzt für viele Zugang zu einer intensiveren Beschäftigung mit der Geschichte der außereuropäischen Welt sein.

*Andreas Eckert*

---

**Norbert Aas, Koloniale Entwicklung im Bezirksamt Lindi (Deutsch-Ostafrika): Deutsche Erwartungen und regionale Wirklichkeit. Bumerang Verlag, Bayreuth 1989, 229 Seiten, 40,00 DM**

ERFREULICHERWEISE begegnen in jüngster Zeit Themenstellungen, die sich mit der Expansion Europas nach Übersee befassen, einem zunehmenden Interesse bei Historikern und historisch arbeitenden Wissenschaftlern benachbarter Disziplinen. Insbesondere in den Referaten und Diskussionsbeiträgen während der 1989 in Schwäbisch-Gmünd und 1991 in Berlin abgehaltenen internationalen kolonialgeschichtlichen Symposien manifestierte sich diese gestiegene Anteilnahme an der Auseinandersetzung mit lange vernachlässigten kolonialhistorischen Fragestellungen.

Einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der Vergangenheit des heutigen Tansania unter deutscher Kolonialherrschaft leistet Norbert Aas mit seiner von der Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Bayreuth im Juli 1989 angenommenen ethnologisch-historischen Dissertation. Erstmals wird hier die koloniale Entwicklung in der Region Lindi, dem südöstlichsten Verwaltungsbezirk des ehemaligen Deutsch-Ostafrika in einer größeren wissenschaftlichen Abhandlung umfassend untersucht. Der Verfasser widmet sich darin der Fragestellung, ob »ein regionales sozioökonomisches System den wirtschaftlichen Interessen der deutschen Kolonialmacht nutzbar zu machen« war (S. 3). Er analysiert daher insbesondere die Mechanismen des Übergangs von der Subsistenzwirtschaft zur Lohnarbeit und zur marktorientierten Produktion der be-

troffenen afrikanischen Bevölkerung. In einer detaillierten Darstellung der vorkolonialen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Bezirk Lindi wird aufgezeigt, daß sich lange vor der Ankunft der weißen Kolonialisten im Südosten Tansanias verschiedene ethnische Gruppen angesiedelt hatten, die in kleineren Familienverbänden eingewandert waren. Dieser Umstand verhinderte die Bildung größerer Gemeinwesen, so daß »Zentralisierungstendenzen« nur an wenigen Orten nachweisbar sind (S. 43). Die afrikanische Bevölkerung lebte in einer weitgehenden Autarkie und Autonomie, denn »eine Marktintegration ist nirgends belegt, Tausch mit durchziehenden Händlern hat jedoch stattgefunden« (S. 60).

Die Etablierung der deutschen Herrschaft in der Region Lindi begann mit dem Vollzug des »Küstenvertrages«, d.h. mit der Abtretung des Zollrechts an der Küste durch den Sultan von Sansibar an die mit einem kaiserlichen Schutzbrief ausgestattete und auf eigene Rechnung kolonisierende Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft am 28. April 1888. Nachdem das Deutsche Reich die Besitzungen der finanziell in Bedrängnis geratenen und durch den sogenannten »Araberaufstand« geschwächten Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft übernommen hatte, weitete sich der deutsche Einflußbereich zwar aufgrund militärischer Aktionen und »kooperativer« lokaler Autoritäten in das Küstenhinterland aus, allerdings dauerte der Eroberungsprozeß noch »mindestens bis zur Jahrhundertwende« (S. 64). Dies war einerseits auf die mangelnde Unterwerfungsbereitschaft des mächtigen Widersachers Mchemba vom Volk der Yao, eine der größeren der in der Region Lindi lebenden Ethnien, andererseits auf die relativ geringe Zahl der im Bezirk Lindi ansässigen weißen Kolonisten zurückzuführen. Im Jahre 1896 standen im Untersuchungsgebiet den etwa 250.000 Afrikanern und ungefähr 500 Asiaten lediglich 35 Europäer gegenüber, deren Zahl sich

bis 1913 auf nicht mehr als 151 Personen erhöhte.

Im Abschnitt über die »Europäische Landwirtschaft - Plantagenwirtschaft« (S. 97ff.) wird über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten beim Aufbau von rentablen Plantagen der Ansiedler und der Pflanzungsgesellschaften im Bezirk Lindi berichtet. Der Verfasser kommt darin zum Ergebnis, daß die Wirtschaftsunternehmungen von Einzelpersonen schon aufgrund ihrer geringen Zahl »offensichtlich auf die sozio-ökonomischen Verhältnisse in Südost-Tansania« keinen großen Einfluß ausgeübt hatten (S. 130). In dieser Hinsicht kam den dort bestehenden, personell eng miteinander verflochtenen Pflanzungsgesellschaften eine etwas größere Bedeutung zu.

Breiten Raum nimmt demzufolge die Darstellung über die »Arbeiterverhältnisse« in den Pflanzungsbetrieben ein, denn »der Erfolg eines Plantagenunternehmens steht und fällt mit der Frage, ob genügend billige Arbeitskräfte zur Verfügung stehen« (S. 135). Der Autor untersucht die Arbeitsmarktsituation, die Rekrutierung und die Behandlung der afrikanischen Arbeiter. Er stellt fest, daß die Lohnarbeit in den Pflanzungsbetrieben der europäischen Kolonisten im Bezirk Lindi keine gewichtige Rolle einnahm. Die wenigen Plantagenunternehmungen mußten stets den überwiegenden Teil ihrer afrikanischen Arbeitskräfte in den anderen Bezirken der Kolonie anwerben, da sich nicht genügend Arbeiter aus dem Bezirk Lindi zu der Aufnahme der beschwerlichen und gering entlohnten Tätigkeiten in den Plantagen bewegen ließen. Die bezirksansässigen Afrikaner waren auf die Annahme von entlohnter Arbeit nicht angewiesen, weil ihnen regelmäßig die eigene Landwirtschaft ein hinreichendes Auskommen ermöglichte. Da im Bezirk Lindi überdies zentrale traditionelle politische Organisationen weitgehend fehlten, konnten die Deutschen die Stellung von Arbeitskräften auch nicht kollaborieren-

den Häuptlingen auferlegen. Leider versäumt es der Verfasser in diesem Zusammenhang, die rechtlichen Grundlagen in der Form der Arbeiterverordnung vom 12. November 1897, der Arbeiter- und Anwerbeverordnungen vom 27. Februar 1909 und vom 5. Februar 1913 sowie sonstiger Verordnungen mit arbeitsrechtlichen Bezügen (z.B. die Kontraktbruchverordnung vom 7. Dezember 1909 oder die Unfallschutzverordnung vom 6. Juli 1912) und deren Auswirkungen auf die Arbeitsverhältnisse im Bezirk Lindi zu berücksichtigen. Diese Bestimmungen enthielten Schutzvorschriften zugunsten der afrikanischen Arbeiter (z.B. Maximalarbeitszeit, Kontraktdauer, Gesundheitsschutz), aber auch Regelungen zu Lasten dieser Arbeitskräfte (z.B. Strafbarkeit wegen Kontraktbruchs, Disziplinarrecht des Arbeitgebers). Sie sollten einerseits dazu beitragen, einen gewissen rechtlichen Mindeststandard zum Schutze der afrikanischen Arbeiter festzuschreiben, indem sie den von vielen europäischen Arbeitgebern praktizierten Ausbeutungsmethoden Grenzen setzten. Dadurch sollten die bereits rekrutierten Arbeitskräfte zur Fortsetzung und ein zusätzlicher Teil der afrikanischen Bevölkerung zur Annahme der Plantagenarbeit in Europäerbetrieben bewegt werden. Andererseits verfolgten die rechtlichen Bestimmungen das Ziel der Schaffung eines kolonialen Lohnarbeiterstandes, indem beispielsweise der Vertragsbruch des afrikanischen Kontraktarbeiters pönalisiert wurde und nicht selten von der dafür vorgesehenen Prügelstrafe Gebrauch gemacht wurde. Die Einbeziehung dieses Aspektes in die Bearbeitung hätte vielleicht ein vollständigeres Bild über die koloniale Entwicklung des Bezirkes Lindi geliefert. In diesem Kontext wäre auch die Heranziehung der vor dem Jahre 1990 allerdings leider nicht jederzeit und auch nicht für jedermann einsehbaren Aktenbestände des ehemaligen Reichskolonialamtes über die Arbeitsverhältnisse in Deutsch-Ostafrika im Bundes-

archiv - Abteilungen Potsdam (Bestand Reichskolonialamt, Band-Nr. 118-126) für die Bearbeitung von Nutzen gewesen, da sich in diesen Akten Dokumente befinden, die die sog. »Arbeiterfrage« in Deutsch-Ostafrika verdeutlichen.

Im Kapitel über die »Häuser- und Hüttensteuer« werden dagegen die maßgeblichen Rechtsgrundlagen, die »Verordnungen betreffend die Erhebung einer Häuser- und Hüttensteuer« vom 1. November 1897 und vom 22. März 1905, sowie ihre wesentliche Zielrichtung, nämlich die Heranführung der afrikanischen Bevölkerung zur Überschußproduktion für die Vermarktung bzw. zur Annahme von Lohnarbeit durch die mittelbare Zwangswirkung der in Geld zu entrichtenden Steuer, umfassend erörtert. Allerdings bleiben auch die Auswirkungen der Steuerverordnung vom 23. August 1912, mit der ein genereller Übergang von der Häuser- und Hüttensteuer zur Kopfsteuer stattfand, für den Bezirk Lindi unberücksichtigt.

In engem Zusammenhang mit der Besteuerung der afrikanischen Bevölkerung steht auch das letzte Kapitel über die »Entwicklung der 'Eingeborenenproduktion' und der 'Handelsstruktur«, in dem festgestellt wird, daß sich im Bezirk Lindi insbesondere die koloniale Fiskalpolitik zwar produktionserhöhend auf die afrikanische Landwirtschaft auswirkte, insgesamt gesehen jedoch die tatsächlichen kolonialwirtschaftlichen Erträge hinter den deutschen Erwartungen zurückgeblieben waren.

Die Arbeit basiert auf einer ausgedehnten Materialsammlung, welche aus vielfältigen schriftlichen Quellen (Archivmaterialien, Zeitschriften, amtliche Druckschriften, Handbücher, Sekundärliteratur) sowie einer im Forschungsgebiet durchgeführten Interviewserie besteht. Sehr von Nutzen sind die zahlreichen Tabellen und Schaubilder mit den relevanten Daten über die Bevölkerung und die wirtschaftliche Entwicklung sowie die im Textteil befindlichen Kartenausschnitte. Der Fakten-

reichtum der Arbeit beruht insbesondere auf der vom Verfasser geleisteten Auswertungsarbeit von schriftlichen Quellen aus der Abteilung »German Records« der National Archives of Tanzania in Dar es Salaam und dem Bestand »Reichskolonialamt« aus dem Bundesarchiv - Abteilungen Potsdam. Eine lebendige Gestaltung des Werkes besorgt die originelle Auflockerung mit kolonialzeitlichen Photographien und Zeichnungen. Für den nötigen Überblick über das Untersuchungsgebiet sorgt schließlich eine detaillierte und mehrfarbige Landkarte, die dem Buch beigefügt ist.

Trotz der räumlichen Beschränkung der Studie auf den Bezirk Lindi treffen etliche Feststellungen von Norbert Aas auch auf andere Regionen der Kolonie Deutsch-Ostafrika zu, die von der Kolonisation nicht so stark betroffen waren wie etwa die Bezirke Dar es Salaam, Moshi, Pangani, Tanga und Wilhelmstal (Lushoto), wo sich die europäischen Pflanzungsbetriebe konzentrierten. Die Dissertation von Norbert Aas stellt daher für jeden kolonialhistorisch arbeitenden Wissenschaftler, aber auch für den interessierten Laien, ein wertvolles Hilfsmittel zum Verständnis des kolonialen Entwicklungsprozesses im ehemaligen Deutsch-Ostafrika dar.

*Harald Sippel*

---

**Anne Schlüter (Hg.), Arbeitertöchter und ihr sozialer Aufstieg. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und sozialer Mobilität. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1992, 206 Seiten, 36,00 DM**

DER Geist ist das Stiefkind, er geht immer leer aus« - was eine junge Fabrikarbeiterin zu Anfang des Jahrhun-

derts beklagte, scheint die Arbeitertochter von heute überwunden zu haben. Gilt doch der angenommene soziale Aufstieg der katholischen Arbeitertochter vom Lande als klassischer Beleg für den Erfolg der Bildungsreform, eine Reform, die im Hinblick auf den Wandel der Mädchenbildung gar als »stille Revolution« bezeichnet wird. Erst auf dem zweiten Blick relativiert sich diese Bilanz: Auch wenn der Bildungsaufstieg von Frauen und Mädchen in den letzten Jahren rasant verlaufen ist, bleibt er doch begrenzt, und zwar vor allem für die Mädchen aus »bildungsfernen« Schichten. So jedenfalls lauten die Ergebnisse der vorliegenden Studie, einer Tagungsdokumentation zum Thema »Arbeitertöchter und ihr sozialer Aufstieg«, deren Fragestellung auf die Chancen und Grenzen der Bildungs- und Berufskarrieren von »Arbeitertöchtern« gerichtet ist. Nicht zuletzt herausgefordert durch die prominenten Thesen der »Individualisierung« (Beck), sieht sich die Herausgeberin Anne Schlüter veranlaßt, die soziale Wirklichkeit von Arbeitertöchtern genauer in den Blick zu nehmen. Mit unterschiedlichen Methoden, vor allem aber auf der Grundlage einer Fülle empirischen Materials, bemühen sich die Autorinnen um angemessene Begriffe und Erklärungsansätze des sozialen Wandels.

Ein methodischer Vorbehalt sei zu Anfang angeführt: So wichtig es ist, daß eine im gegenwärtigen Zeitgeist des »Abschieds vom Proletariat« eher vernachlässigte Gruppe in den Blick gerät, so sehr verwundert es doch, daß durchgängig von Arbeitertöchtern die Rede ist. Handelt es sich doch bei den Mädchen und jungen Frauen nicht nur um Töchter von Arbeitern, sondern ebenfalls um Töchter von Müttern, die nicht selten ebenfalls Arbeiterin sind oder - vor der Familienphase - Arbeiterin waren. Auch die Definition der Arbeiterschaft, die sich vor allem auf den beruflichen Status des Vaters bezieht, läßt die feministischen Erkenntnisse eines erweiterten Arbeitsbegriffs außer Acht, nach

der Lohnarbeit nur die eine Hälfte von Arbeit repräsentiert. Ist es nicht gerade das durch die Reproduktionsarbeit der Frauen entscheidend geprägte kulturelle Milieu der Herkunftsfamilie, das die Bildungsoptionen der Töchter ganz entscheidend prägt? Hinzu kommt, daß die untersuchten jungen Frauen ihre Bildungskarrieren nicht selten über den zweiten Bildungsweg nach einer eigenen Berufsphase beginnen. Wäre es nicht ratsam, auch die soziale Lage von Müttern und Töchtern begrifflich einzubinden und die »Arbeitertochter« durch die Tochter aus der ArbeiterInnenklasse zu ersetzen? In dieser Intention argumentiert auch Brigitte Borkowski mit ihrem Plädoyer, die Adressatinnen auf »Bildungsaufsteigerinnen aus der Arbeits-Kultur« zu erweitern (S. 197). Auch wenn die Vorschläge zunächst sprachlich wenig elegant erscheinen, sollte dies nicht davon abhalten, den kritischen Blick auf männlich geprägte Begriffe zu richten, aus der die weiblichen Leistungen ausgeschlossen sind.

Trotz dieser methodischen Einschränkung vermitteln die Beiträge äußerst differenzierte Erkenntnisse. Sigrid Metz-Göckel geht davon aus, daß die »Erosion der Arbeiterschicht auch eine Freisetzung der Töchter aus Arbeiterfamilien« bewirke (S. 61). Sie sieht die, wenn auch quantitativ noch immer bescheidenen, aufgestiegenen Töchter aus Arbeiterfamilien als »sensible Vorhut (...), Seismographen gleichsam für tiefere soziale Veränderungen der Frauenrolle, des Selbstverständnisses und des Geschlechterverhältnisses generell« (S. 37). Mit der »nachgeholt Individualisierung« durch Bildung entstehe schließlich ein Selbstkonzept von Frauen aus Arbeiterfamilien, dessen Kern der kognitive Entwurf sei, den eine Frau von sich selbst habe. Letztendlich könne die hieraus entstehende »steigende Anspruchsvermehrung bei der früher so 'bescheiden gehaltenen' Gruppe von Frauen das Bewußtsein schärfen für die Diskrepanzen unter den Frauen, die zunehmend im Beruf konkur-

rieren, aber auch für die Spaltungen und Spannungen zwischen den Geschlechtern.« Hierin kündige sich schließlich eine »Emanzipation an, die eine Schranken aufbrechende im doppelten Sinne, nämlich soziale Schichten wie Geschlechtergrenzen überschreitende Befreiung sein kann« (S. 61). Dies ist eine sympathische Lesart der Bildungsbiographien von Töchtern aus Arbeiterfamilien, die sich deutlich von der gern gewählten »Opferperspektive« auf die Töchter unterscheidet, die diese Familien, so zeigte die Debatte des Workshops, häufig selbst internalisieren.

Wenn Hannelore Bublitz diesen Zustand bereits 1980 unter dem Titel »Ich gehörte irgendwo so nirgends hin« beschrieb, untersucht sie in dem vorliegenden Band anhand biographischer Interviews von drei historischen Frauengenerationen dieses Jahrhunderts (Kaiserreich, Faschismus, Nachkriegszeit), wie die Chancen der Individualisierung durch die jeweils vorhandenen objektiven Erfordernisse der alltäglichen Überlebensarbeit begrenzt sind. Die »Pragmatik der Wünsche« jedenfalls scheint in allen Frauengenerationen prägend bei der »Entscheidung« für (Aus-)Bildung, Familie und Beruf zu sein. Jedoch, so die Autorin, in unterschiedlichem Ausmaß: So können erst die Töchter die Bildungswünsche und Individualisierungstendenzen durchsetzen, die in den Generationen der Mütter und Großmütter angelegt seien. Schließlich sei das Studium der Arbeitertöchter historisch erst in den 60er Jahren ermöglicht worden, jedoch deutlich in den Grenzen des Geschlechts: Arbeitertöchter tendierten zu stark feminisierten, aber auch stark strukturierten Studiengängen sowie zur Fachhochschule statt zur Universität. Aber auch unterhalb der »Bildungsspitzen« seien die Arbeitertöchter der jungen Generation durch den geschlechtsspezifischen Arbeitsmarkt und tradierte Rollenvorstellungen ebenso begrenzt wie die Frauengenerationen davor. Ein Beispiel einer 1958 geborenen Frau: »Mein Beruf ist Friseurin, (... ) abgeschlos-

sene Lehre. Ich wollte es machen, aber 'vorher schon davon geträumt' kann man nicht sagen. Also, das war das einzige, was meine Vorstellung, also, von meinem Zeugnis her auch und was ich da hätte machen können.« (S. 29)

Um die Grenzen der Individualisierung geht es auch in dem Beitrag von Erika Haas über Arbeitertöchter an der Technischen Universität München. In einem schichten- und geschlechtsspezifischen Vergleich über männliche und weibliche Studierende geht sie der »ketzerischen« These nach, daß die Unterschiede zwischen Frauen unterschiedlicher Schichten größer seien als die Unterschiede zwischen Männern und Frauen aus der gleichen Schicht (S. 77). Auf der Basis von Befragungen und orientiert an dem Beruf der Väter, weist sie gleichzeitig die Benachteiligung der Arbeitertöchter gegenüber den Arbeitersöhnen auf allen Ebenen des Studiums nach. Dieser »Nachteil der Weiblichkeit« könne aber durch einen Vater mit höherer Schulbildung abgemildert werden (S. 73). Ihre Annahme, daß der Beruf des Vaters für die Bildungsentcheidung der Töchter die wichtigere Rolle spiele (S. 69), würde m. E. durch einen methodischen Zugriff relativiert, der nicht nur den Status der Schul- und Berufsausbildung der Eltern, sondern das gesamte kulturelle Milieu als prägend für die Bildungskarriere der Töchter einbezieht.

Einen solchen Zugriff wählt Anne Schlüter, die am Beispiel der Aneignung von naturwissenschaftlichen Kompetenzen durch Arbeitertöchter im Ruhrgebiet auf die theoretischen Ansätze von Pierre Bourdieu zurückgreift, die Produktion und Reproduktion sozialer Strukturen in der Gesellschaft thematisieren. In ihrer Analyse des Umgangs der Arbeitertöchter mit sozialen Differenzen, die sie während des Studiums zu bewältigen haben, kommt sie zu dem Schluß, daß sich die Ablehnung von »Intellektualität« und eine gleichzeitige Relativierung der generell postulierten Geschlechtsunterschiede als

ein spezifischer »Klassenhabitus« herausbildet. Nach ihrer Meinung »vermitteln und vermengen sich im Habitus der Naturwissenschafts- und Ingenieurstudentinnen subjektive Dispositionen, ihr gewähltes Fachinteresse zu verfolgen und soziale Muster, die auf die Unvereinbarkeit von 'Weiblichkeit' und Naturwissenschafts- und Technikkompetenzen abzielen.« (S. 121)

Christiane Rohleder bezieht sich auf die These Bourdieus, daß die einzelnen Fakultäten im universitären Feld hierarchisch angeordnet seien, die der gesellschaftlichen Ordnung von oben nach unten entsprächen. Sie untersucht Studienwahl und Aspekte des aktuellen beruflichen Werdegangs von Medizinerinnen aus Arbeiterfamilien. Wenn sich als ein Ergebnis der Studienwahl herausstellt, daß »klassen- und geschlechtsspezifische Dispositionen wie Praxisorientierung, finanzielles Sicherheitsbedürfnis oder der Wunsch nach sinnvoller Arbeit am Menschen« (S. 131) im Mittelpunkt stehen, stellt sich gleichzeitig in der Verortung im eigenen Berufsstand heraus, daß »schichtenspezifische Dispositionen auch nach langjähriger 'Akademisierung' im subjektiven Erleben der Frauen noch eine Rolle spielen (...). Auch wenn die Strategien (...) sehr verschieden sind, ist als grundsätzliche Erfahrung festzuhalten, daß weiterführende Bildung nicht allein dazu führt, sich in den 'höheren Rängen' der Gesellschaft problemlos etablieren zu können oder zu wollen.« (S. 137).

Ob nun das Fernstudium geeignet sei, Bildungschancen nachzuholen, fragt Christine von Prümmer in ihrer Studie zur sozialen Herkunft von Fernstudentinnen und Fernstudenten. Die Frage stelle sich gemäß dem Anspruch der Fernuniversität in besonderer Weise für Frauen, die aufgrund ihrer Familiensituation und aufgrund ihrer Erwerbstätigkeit nicht an einer konventionellen Hochschule studieren könnten (S. 174). Das Ergebnis über die Zusammensetzung der Teilnehmer

verblüfft: Denn der Anteil der 'Arbeiter-töchter' im Fernstudium ist nicht höher, sondern deutlich niedriger als der Anteil von 'Arbeiteröhnen' (S. 178). Gleichzeitig machen nicht die verheirateten, sondern die ledigen Arbeitertöchter den größten Anteil derjenigen aus (S. 183), die das Fernstudium zu einer beruflichen Professionalisierung benutzen, indem sie eine praktische Ausbildung durch ein akademisches Studium ergänzen (S. 192). In der Sozialbiographie sind es nicht zuletzt die Mütter, die die Bildungsentscheidung der Tochter beeinflussen. So waren die Mütter der Arbeitertöchter in viel stärkerem Maße erwerbstätig und seltener ausschließlich als Hausfrau tätig. Im Vergleich zu den Arbeiteröhnen hatten die Mütter einen höheren Schul- und Ausbildungsabschluß (S. 191).

Unter dem Begriff »Töchter der Arbeiterklassen« vergleichen Karin Hildebrandt und Ruth-Heidi Stein Hochschulstudium und -beruf von Frauen in der ehemaligen DDR und in den neuen Bundesländern. Gemessen an dem Anspruch des Arbeiter- und Bauernstaates, allen Mitgliedern der Gesellschaft das gleiche Recht auf Bildung zukommen zu lassen, kommen sie zu dem Schluß, daß zwar in den 80er Jahren eine rasante Angleichung des Qualifikationsniveaus der Geschlechter stattgefunden hat, die Gleichberechtigung in Führungsebenen und im Hochschulbereich aber ebensowenig stattgefunden hat wie die umfassende Integration der »Töchter der Arbeiterklasse«. Diese zweifache Diskriminierung der Arbeitertöchter scheint sich nach Meinung der Autorinnen im Hochschulbereich gegenwärtig in den neuen Bundesländern noch einmal zu verdoppeln: »1. Westmann, 2. Ostmann, 3. Westfrau, 4. Ostfrau« - dieses Bild zeichne sich auf Berufungslisten für Hochschullehrerstellen ab (S. 168). Den Arbeitertöchtern, so schließen die Autorinnen, sollte auch in Zukunft unsere Aufmerksamkeit und unsere Zuwendung gelten. Mit dem vorliegenden Band, der demnächst durch die

Dokumentation der bereits durchgeführten Folgetagung fortgesetzt wird, ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung getan.

*Marianne Friese*

---

**Hans-Uwe Otto/Heinz Sünker (Hg.), Politische Formierung und soziale Erziehung im Nationalsozialismus. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1991, 253 Seiten, 18,00 DM**

**D**IE neun hier zusammengestellten Aufsätze erweitern und ergänzen den von denselben Herausgebern besorgten Band »Soziale Arbeit und Faschismus«, der 1989 in derselben Reihe erschien. Die Absicht der Sammlung ist, nationalsozialistische Vergesellschaftungsmuster aufzuschlüsseln, die eine Verknüpfung zwischen terroristischem Herrschaftssystem und einem Normalität suggerierenden Alltagsleben ermöglichten und damit die Basis für das Funktionieren des Nationalsozialismus schufen.

Nach einleitenden erkenntnistheoretischen Anmerkungen von Dan Diner zur Historisierung des Nationalsozialismus fragt Hans-Gert Jeschke nach dem Zusammenhang von sozialer Basis und sozialer Funktion des deutschen Faschismus. Ausgehend von der Bonapartismustheorie hält er die Hinwendung von Teilen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Eliten zu Hitler und die Idee der »Volksgemeinschaft« als Zähmungs- und Integrationskonzept für entscheidende historische Triebfedern im Prozeß der Durchbrechung demokratisch-republikanischer Politik. Die Dynamik der nationalsozialistischen Massenbewegung resultiert für ihn vor allem aus der Verknüpfung von alltagspraktischer Flexibilität der NSDAP

vor Ort und ästhetischer Überhöhung im Kontext »faschistischer Öffentlichkeit«. Während auf der Mikroebene ein sozialpolitisch motiviertes System aus Angst, Belohnung, Zucht und Ordnung entstand, wurde auf der Makroebene der Mythos vom Dritten Reich unter dem Symbol des Hakenkreuzes stilisiert. Dem Zentralbegriff »Volksgemeinschaft«, der diese beiden Komponenten verklammert, versuchen die Herausgeber in seiner realen Manifestierung, der »Volkspflege«, nachzugehen. Als Trias von Sozial-, Arbeits- und »Wohlfahrts«-Politik orientierte sie sich an den Begriffen Volkskörper und Volksgesundheit. Es ging ihr um das Wohl des »Volksganzen«, nicht um das Wohl des Einzelnen; ganz im Gegenteil diente sie der Selektion und der anschließenden Auslese und Ausmerze. Sozialpolitik wurde also nicht nur restriktiver gehandhabt, sondern die Entwicklung zum Wohlfahrtsstaat in der Weimarer Republik wurde gestoppt und durch das Konzept eines funktionalen Erziehungsstaates ersetzt, das von der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) durchgesetzt werden sollte, deren exzeptionelle Stellung im nationalsozialistischen System den Stellenwert ihres Auftrags nur unterstreicht.

In dem von diesen beiden Aufsätzen abgesteckten Feld bewegen sich die folgenden Detailstudien. Jochen-Christof Kaiser untersucht das Verhältnis von NSV und den beiden nach 1933 einzig übriggebliebenen Wohlfahrtsverbänden Caritas und Innere Mission. Stefan Schnurr beschreibt und wertet anhand von Interviews das Selbstverständnis von damals im sozialen Bereich tätigen Reformpädagogen. Mit dem Aspekt der Lagererziehung beschäftigen sich zwei Aufsätze: Jürgen Schiedeck und Martin Stahlmann geben einen Überblick über die Organisationsform von Lagern und deren Zielgruppen, leiten aus der zeitgenössischen Theorie des Lagers dessen Stellenwert in der NS-Ideologie ab und deuten abschließend das Lager als die

nationalsozialistische Erziehungsform, in deren Mittelpunkt die »Inszenierung des totalen Erlebens« zum Zweck der Mobilisierung, Militarisierung und Disziplinierung stand. Die Lager des Reichsarbeitsdienstes (RAD) behandelt Peter Dudek unter dem Aspekt der NS-Jugendpolitik, in der sie als geschlossene Lager die besondere Funktion politischer Mentalitätsprägung besaßen. Mit Beginn der Zwangsverpflichtungen ließ der Erfolg dieser Lager allerdings zu wünschen übrig, was aber von den Verantwortlichen nicht durch die gesellschaftlichen Verhältnisse bedingt interpretiert bzw. als Strukturproblem der Erziehung selbst gedeutet wurde, sondern als Grenzen der Erziehbarkeit den zu Erziehenden als rassisches oder biologisches Defizit angelastet wurde, dessen Folgen sie zu tragen hatten. Insofern war dem totalen Erziehungsanspruch der Lagererziehung die Ausmerze der »Gemeinschaftsfremden« schon implizit. Den in der wissenschaftlichen Diskussion immer noch vernachlässigten Bund Deutscher Mädel (BDM) untersucht Dagmar Reese und fragt nach dem Spannungsverhältnis zwischen Emanzipation und Vergesellschaftung, in dem sich die Mädchen in dieser Organisation befanden. Emanzipative Bedürfnisse waren durchaus die Triebfeder für die aktive Mitwirkung im BDM; allerdings gelang es über bestimmte Mechanismen, diese Bedürfnisse für die Zwecke des Regimes zu instrumentalisieren. Trotzdem wurde eine bis heute fort-dauernde Illusion befriedigter Selbstverwirklichung bei den Betroffenen erzeugt, wie Interviews nahelegen, die die Autorin mit ehemaligen BDM-Mitgliedern führte. Die Zuordnung des BDM zur Hitlerjugend und nicht zur NS-Frauenschaft wie auch die Art des Dienstes in dieser Organisation zeigen, daß die Absicht der Mädchenerziehung nicht vorrangig die Erziehung zur Weiblichkeit und Mütterlichkeit, d.h. eine geschlechtspolare Erziehung war, sondern eine zur Fungibilität, in deren Mittelpunkt für Jungen und Mädchen

Körperbeherrschung, Effizienz, Disziplin und Rationalität standen. Dies belegen auch Interviews mit ehemaligen Führerinnen, für deren Karrieren weniger ideologische Überzeugung als vielmehr Organisationstalent, pragmatische Qualitäten und sachliche Kompetenz ausschlaggebend waren. Allerdings bewegten sich ihre Aktivitäten in eng vorgegebenen Bahnen, so daß zwar Selbständigkeitserfahrungen gemacht wurden, ohne jedoch mit Selbstbestimmung einherzugehen.

Betriebliche Sozialpolitik ist das Thema des abschließenden Aufsatzes von Carola Sachse. Am Beispiel der Firma Siemens untersucht sie, welche gesellschaftlichen Leitbilder der »Rationalisierung des Privatlebens« zugrundelagen und welche Methoden zu ihrer Umsetzung entwickelt wurden. Siemens nahm durch betriebliche Maßnahmen u.a. Einfluß auf Wohnen, Freizeit und Gesundheit seiner Beschäftigten. Durch Familienfürsorge sollte zwischen produktionspolitischen Zielen und familiären Werten vermittelt werden und die Hausfrauen ernährungsphysiologisch, gesundheitspflegerisch, hygienisch, psychologisch und erzieherisch dazu angehalten werden, ihre hauswirtschaftliche Leistung im betrieblichen Interesse zu steigern. Diesem Konzept lag das Ideal der Kleinfamilie zugrunde. Die »Siemensfamilie« war in der Realität zwar kaum anzutreffen, aber als Ideal in der Belegschaft präsent; sie stand als Leitbild im Gegensatz zu dem von der Deutschen Arbeitsfront (DAF) propagierten Ideal der kinderreichen Vollfamilie, in der die Frau in erster Linie eine dem Staat verpflichtete, rassebewußte Mutter war und nicht eine das Fortkommen ihres Ehemannes unterstützende moderne Hausfrau.

Insgesamt bieten die gut lesbaren, teilweise mit ausführlichen Bibliographien versehenen Beiträge einen kompakten Überblick über den aktuellen Forschungsstand zu Aspekten nationalsozialistischer Vergesellschaftungsbestrebungen durch soziale Erziehung. Dieser Themen-

komplex scheint mir auch eine lohnende Zugangsmöglichkeit für die politische Bildungsarbeit zum Bereich Nationalsozialismus zu sein. Versuche einer didaktischen und quellenmäßigen Erschließung der Themen BDM und Lagererziehung liegen bereits vor (siehe »Geschichte Lernen« 24/1991).

*Gerhard Honekamp*

---

**Burkhard Wehner, Das Fiasko im Osten. Auswege aus einer gescheiterten Wirtschafts- und Sozialpolitik. Metro-  
polis-Verlag, Marburg 1991, 140 Seiten,  
19,80 DM**

**D**EN für die Wirtschaft zuständigen Ministern und Staatssekretären der letzten Regierung der DDR, die im April 1990 ihr Amt antraten, war es unentbehrliches Hilfsmittel bei der Vorbereitung der Wirtschafts-, Nahrungs- und Sozialunion: das im Auftrage des Bundeskanzleramtes März 1990 fertiggestellte, 98 Seiten starke Gutachten des Kölner Wirtschaftsprofessors Hans Willgerodt mit dem überredenden Titel »Vorteile der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands«. Von den Auswirkungen der Währungsunion auf die ostdeutsche Wirtschaft entwarf er ein überaus positives Bild: »Nach Öffnung der Grenze für den Freihandel mit der Bundesrepublik«, prognostizierte Willgerodt, »werden zahlreiche bisher die Produktion beeinträchtigende Engpässe aufgesprengt, weil es nicht mehr zu Produktionsstörungen wegen fehlenden Materials oder ausgebliebener Zulieferungen kommen kann. Die Motivation zur Leistung wird wiederbelebt werden, sogar bevor irgendeine Hilfe aus der Bundesrepublik oder ein Kapitalbeitrag zugeflossen

ist. Das vervielfältigte Warensortiment und die zu erwartenden Preissenkungen bei höherwertigen technischen Verbrauchsgütern werden hierzu ebenso beitragen wie die Gewinnmöglichkeit der Klein- und Mittelbetriebe, denen eine kaum übersehbare ungestillte Nachfrage gegenübersteht. Die gerade zu Beginn der Reform zu erwartende Produktivitätssteigerung kann sehr hoch sein und die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe durch Kostensenkung massiv erhöhen...«. Willgerodts Gutachten war nicht das einzige, das damals kursierte. Aber auch die anderen enthielten, was Burkhard Wehner in seinem Buch den »kollektiven Irrtum über die wirtschaftlichen Folgen der Einheit« nennt. Er fragt nach dessen Ursachen und kommt zu dem Schluß, daß es ein Eigeninteresse fast aller gesellschaftlichen Kräfte in Deutschland an dieser Fehleinschätzung gab: Der Mehrheit der DDR-Bürger, in Sachen Marktwirtschaft ohne Erfahrung, erschien die Prognose plausibel, dem schnellen Schritt in eine gesamtdeutsche Wirtschaft würde ein ebenso schneller Schritt vom sozialistischen Mangel in den marktwirtschaftlichen Wohlstand folgen. Die westdeutsche Regierung konnte von einer Ausbreitung der Kenntnis über ökonomische Einigungsschwierigkeiten keinen politischen Sympathiegewinn für die noch 1990 in Bund und neuen Ländern anstehenden Wahlen erwarten. Die westdeutschen Unternehmer, von denen viele ostdeutsche Betriebe, mit denen sie Handel trieben, aus eigener Anschauung kannten, wußten, daß die ostdeutsche Wirtschaft dem Wettbewerb nicht gewachsen sein würde. Der Zugewinn an Absatzmärkten war ihnen aufgrund der Unterlegenheit der ostdeutschen Industrie sicher. Die westdeutsche Bürokratie konnte von der schnellen Einbeziehung der DDR in die gesamte westdeutsche Rechtsordnung eine heftige Nachfrage nach Expertenwissen und damit zusätzliche Profilierungs- und Beförderungschancen erwarten. Selbst für die Wirtschafts-

wissenschaftler, die sich in ihrer großen Mehrheit als theoretische Sachwalter der westdeutsch gestalteten Sozialen Marktwirtschaft verstanden, läßt sich eine persönliche Motivation, in ihren Prognosen allein auf die heilenden Kräfte des Marktes zu setzen und neoklassizistischen Versionen einer mixed economy nicht das Wort zu reden, kaum absprechen.

Trotz aller Kritik erkennt auch Wehner an: Wirtschaftspolitische Irrtümer werden erst dann zu politischem Versagen, wenn diskussionswürdige Alternativen zur »big bang«-Lösung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion wirklich offengestanden haben. Wehner ist der Meinung, die heute in Deutschland weit verbreitete Auffassung, der Regierung der Bundesrepublik sei im ersten Halbjahr 1990 keine andere Wahl geblieben als rasch dem politischen Instinkt zu folgen und sich nicht lange mit ökonomischen Einwänden aufzuhalten, beruhe auf einer falschen Deutung der Sachzwänge. »Das sogenannte Primat der Politik war nur ein Primat der intellektuellen Bequemlichkeit« (S. 58).

Wehner nennt eine mögliche Alternative und auch den Zeitpunkt, zu dem mit ihrer Verwirklichung hätte begonnen werden können: Februar 1990. Die Lösung hätte nach Wehners Meinung darin bestanden, allen DDR-Bürgern ab sofort ein Solidaritätsgeld in gleicher Höhe und in westlicher Währung auszuzahlen. Das hätte genügend Vertrauen in die Ernsthaftigkeit der Einheitsbemühungen der Bundesregierung geschaffen, für viele das Verlangen nach sofortiger Abwanderung in den Westen aufgehoben, die DDR-Regierung soweit von der Bundesrepublik abhängig gemacht, daß ein Rückzug aus dem auch bereits von ihr proklamierten schrittweisen Übergang zur Marktwirtschaft nicht mehr vollziehbar gewesen wäre. So gewappnet hätte man auch eventuellen Meinungsänderungen von sowjetischer Seite zum Thema deutsche Einheit erfolgreich begegnen können. Die Höhe einer in diesem Sinne wirksamen Pro-

Kopf-Hilfe gibt Wehner für damals mit 100 DM bis 150 DM pro Monat an. Die Kosten hätten demzufolge in der Größenordnung von 20 bis 30 Milliarden Mark gelegen. Diese Summe gleichmäßig verteilt auf Steuererhöhungen, Minderausgaben und höhere Neuverschuldung des Bundes wären, so der Autor, für die Bürger Westdeutschlands kaum spürbar gewesen. Gewonnen hätte man Zeit zum Nachdenken über adäquate Maßnahmen für »das einmalige Experiment in der Wirtschaftsgeschichte«, den Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft in einem Industrieland.

Zu dieser Besinnung auf die Größe der Aufgabe ist es nicht gekommen. Das ist für Wehner einer der Hauptgründe für die im Osten vor sich gehende Deindustrialisierung. Vieles sei irreparabel, jedoch noch nicht alles verloren. Da die Kosten für den Erhalt der Mehrzahl der noch bestehenden Betriebe, vor allem die Lohnkosten zu hoch sind, als daß viele westdeutsche Unternehmer das Risiko des Kaufs ostdeutscher Industriebetriebe bzw. des Neuaufbaus von Unternehmen eingehen, schlägt der Autor eine Kostenentlastung der Unternehmen auf dem Wege der Senkung bzw. Nichtanhebung der ostdeutschen Löhne vor.

Auch Wehner hält heute die ostdeutschen Wohlstandsansprüche vom westdeutschen Wohlstandsniveau nicht mehr abkoppelbar. Deshalb schlägt er vor, einerseits die beschäftigungspolitisch notwendigen niedrigen Löhne in der Wirtschaft durchzusetzen, aber andererseits die notwendige Wohlstandsentwicklung in Ostdeutschland auf politischem Wege sicherzustellen. Dazu legt er das für 1990 vorgeschlagene Konzept einer Pro-Kopf-Pauschale wieder auf, deren notwendige Höhe er, nunmehr auf 250 DM pro Kopf oder 1.000 DM für die vierköpfige Durchschnittsfamilie beziffert. Diese Pauschale würde eine Anpassung der Löhne an den Markt ermöglichen. Sie würde auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt Beschäfti-

gungsverhältnisse entlasten, deren Produktivität zwar relativ gering sei, die aber bei entsprechend niedrigen Löhnen doch rentabel wären. Die Privatisierung würde durch größeres Kaufinteresse beschleunigt werden, der schwache ostdeutsche Mittelstand könnte Mut fassen. Verbunden mit vom Autor entwickelten weiteren risikodämpfenden Maßnahmen wie z.B. einem Erlaß der Mehrwertsteuer für ostdeutsche Betriebe bis zur Höhe des Bilanzverlustes der Unternehmen, würden die finanziellen Erleichterungen für die Betriebe wie eine Anschubfinanzierung wirken. Wehner gibt eine brillante Analyse dessen, wie es zum Fiasko im Osten kam. Im Unterschied zu manchen Kritikern, deren analytische Fähigkeiten versagen, wenn es darum geht, konstruktive Vorschläge zu machen, beherrscht auch hier Burkhard Wehner sein Metier, rechnet durch, wägt ab, berücksichtigt Gegenargumente.

Einwendungen gegen Wehners Analyse einer gescheiterten Wirtschaftspolitik wird wohl kaum jemand vorbringen können. Einwendungen gegen den von ihm vorgeschlagenen Ausweg schon eher. Einige Rahmenbedingungen erscheinen mir in diesem Vorschlag nicht oder nicht genügend berücksichtigt. Die für viele bundesdeutsche Unternehmen gängige Alternative: stärkere Auslastung der Kapazitäten im Westen versus Zukauf an Kapazitäten im Osten bleibt unberücksichtigt. Auch ist nicht klar, ob die Pauschale in der von Wehner vorgeschlagenen Höhe die Löhne in der Ex-DDR ohne Wohlstandseinbußen soweit zu senken erlaubt, daß die südlichen EG-Länder als Konkurrenz-Anlage-Region ausscheiden.

Schließlich muß noch gefragt werden, warum sich Burkhard Wehner in seinen Alternativvorschlägen auf marktkonforme Maßnahmen beschränkt. Daß im Osten die Marktgesetze 100%ig wirken sollen, ist bei ihm ebenso feste Rahmenbedingung wie die vollständige Privatisierung der Produktionsmittel. Angesichts dessen, daß oftmals Ostfirmen auch dann,

wenn bereits »Westniveau« in der Qualität der Produktion erreicht wurde, große Schwierigkeiten haben, sich auf dem aufgeteilten deutschen Markt einen Anteil zu verschaffen, würden wahrscheinlich mit Hilfe staatlicher Eingriffe (z.B. das Vorschreiben einer Ostquote bei Produkten der Handelsketten, bei Investitionen in den neuen Bundesländern) ein Überleben von Ostunternehmen gesichert werden können. Ebenso ist vorstellbar, daß die Sanierung von Betrieben auf Staatskosten sowie die Weiterführung dieser Unternehmen als (vorläufiges) Staatseigentum Betriebe sichern und Beschäftigung erhalten. Damit blieben Ausgaben für Arbeitslose oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erspart.

Von diesen Feldern, die nicht beachtet werden, einmal abgesehen: Es bleibt das Verdienst von Burkhard Wehner, mit dem »Fiasko im Osten« eine glänzende Analyse der Wirtschaftspolitik des Einigungsprozesses vorgelegt zu haben und zu der kleinen Zahl von Wirtschaftswissenschaftlern zu gehören, die mit - auch heute noch aktuellen - Alternativvorschlägen hervorgetreten sind.

Jörg Roesler

---

**Albert O. Hirschman, Denken gegen die Zukunft - Die Rhetorik der Reaktion. Aus dem Amerikanischen von Daniel von Recklinghausen. Carl Hanser Verlag, München/Wien 1992, 195 Seiten, 39,80 DM**

**D**AS utopische Denken ist in die Krise geraten - nicht erst seit 1989 und nicht nur in Deutschland. Obwohl die Rechte längst konzeptionslos geworden ist, gerade weil ihr droht, ihren Widerpart

zu verlieren, hat die Linke hier wie anderswo die Chance bisher nicht nutzen können. Das hat etwas damit zu tun, daß prophetisches Reden - apokalyptischen ebenso wie positiven Zukunftsentwürfen - etwas Peinliches anhaftet. Der Fortschrittsbegriff scheint diskreditiert. Das Ende der Geschichte wird verkündet. In einer solchen Situation macht es wenig Sinn, ein autistisches »Trotzdem« in die Runde zu rufen und sich zu wundern, daß es wenig Widerhall findet. Vielversprechender ist es da schon, den rechten Diskurs, der wesentlich zur Demontage positiver Zukunftsentwürfe beigetragen hat, einer genauen Prüfung zu unterziehen. Dies kann die Zukunftsfrage an sich noch nicht lösen, aber es kann die Waffen des Gegners stumpf machen und damit zur Rückgewinnung von Handlungs- und Denkspielräumen bei der Linken beitragen.

Eben hierin liegt das Verdienst des jetzt ins Deutsche übersetzten Essays von Albert O. Hirschman, das 1991 unter dem Titel »The Rhetoric of Reaction« in den USA erschien. Hirschman gehört zu jenen Exil-Deutschen, die von den Nazis aus dem Land getrieben wurden. 1933 emigrierte er zunächst nach Frankreich und später in die USA. Einen Namen machte er sich insbesondere als Entwicklungsökonom, der wichtige Beiträge zur Entwicklungsdebatte leistete und eine Reihe von brillanten Essays in der Grauzone von Geschichte, Soziologie und Ökonomie vorlegte. Er lehrte in Harvard und ist heute am Institute for Advanced Study in Princeton und am Wissenschaftskolleg in Berlin tätig.

Hirschman macht in diesem neuen Buch den spannenden Versuch, einige Grundmuster konservativen, reaktionären und gegen gesellschaftliche Veränderungen gerichteten Denkens aufzudecken, die er eindrucksvoll in den politischen Diskussionen von der Französischen Revolution durch das 19. Jahrhundert bis hin zur Debatte über die Tragfähigkeit des

Wohlfahrtsstaates in unseren Tagen nachverfolgt. Er macht dabei drei Grundtypen aus, die geradezu mythischen Charakter gewonnen haben und sich, konsequent zu Ende gedacht, eigentlich vielfach gegenseitig ausschließen.

Die erste Gegenbewegung kommt in der geistigen Strömung zum Ausdruck, die sich im Gefolge der Forderung nach Gleichheit vor dem Gesetz und nach Bürgerrechten im allgemeinen entwickelte. Die erste umfassende Anklageschrift dieser Art stammt aus der Feder des konservativen britischen Kritikers der Französischen Revolution Edmund Burke (*Reflections on the Revolution in France*, 1790). Die hierin ausführlich verwendete Sinnbildung nennt Hirschman die *Sinnverkehrungsthese*. Sie behauptet, daß der Versuch, die Gesellschaft in eine bestimmte Richtung zu bewegen, sie zwar durchaus bewegt, jedoch in eine entgegengesetzte Richtung. Aus diesem Ansatz entwickelte sich eine geistige Grundströmung, die dem modernen konservativen Standpunkt einen bedeutenden Teil ihres Kernbestandes geliefert hat.

Während diese Interpretation aber zumindest noch von einer Beziehung zwischen Handeln und Resultat ausgeht, trifft die zweite reaktionäre Welle, die sich etwa gegen die Ausweitung des allgemeinen Wahlrechtes in England wehrte, jeden Handlungsoptimismus in einer noch existentielleren Wurzel. Die *Vergeblichkeitsthese* besagt ganz im Gegensatz zur Sinnverkehrungsthese, daß alle Bemühungen um Veränderung in letzter Hinsicht äußerlich, oberflächlich, rein kosmetischer Natur und damit illusorisch sind, waren oder sein werden, weil nämlich die tiefen Strukturen der Gesellschaft ganz unberührt bleiben. Obgleich Hirschman Tocqueville nicht auf die Verwendung der Vergeblichkeitsthese reduziert sehen möchte, zeigt er in dessen Interpretation der Französischen Revolution (*L'Ancien Régime et la Révolution*, 1856) eine besonders wirkungsvolle Ausarbeitung dieser These.

Denn Tocqueville führte ja die »Errungenschaften« der Revolution weniger auf die gesellschaftliche Eruption als auf die vorrevolutionäre Ordnung zurück. In den italienischen Sozialtheoretikern Mosca und Pareto, die die Massendemokratie auf einen besonders ausgeklügelten Mechanismus zum Machterhalt alter Eliten reduzierten, sieht Hirschman dieses Argumentationsmuster ebenso fortwirken wie in der modernen Sozialstaats- und Entwicklungskritik, die besagt, daß alle Unterstützungs- und Hilfsmaßnahmen doch nicht die wirklich Bedürftigen erreichten und letztlich vor allem zur weiteren Verknöcherung der ohnehin gegebenen Sozialstrukturen beitrügen.

Die dritte Argumentationsfigur, die insbesondere in der zeitgenössischen Kritik am Wohlfahrtsstaat und den Versuchen, einige seiner Entwicklungen rückgängig zu machen, zu beobachten ist, kennzeichnet Hirschman als die *Gefährdungsthese*. Sie vertritt den Standpunkt, der vorgeschlagene Wandel sei an sich vielleicht wünschenswert, aber der Preis für die Sache oder bestimmte Folgen seien nicht akzeptabel und bedrohe letztlich alle älteren Errungenschaften. Im 19. Jahrhundert äußerte sie sich vor allem in der Vorstellung, die Demokratie bedrohe die errungenen Freiheitsrechte durch die Tendenz zur Vermassung und zur Herrschaft durch den Pöbel. Auch hier lassen sich bekannte Namen in eine Traditionslinie bringen, die von George Canning über Max Scheler bis hin zu Samuel P. Huntington reicht.

Hirschman geht es mit seiner Typologie weniger darum, jede konservative Argumentation a priori zu entkräften, indem man sie einer dieser drei Traditionslinien zuordnet. Die letzten Abschnitte seines Buches sind daher auch der Beziehung zwischen diesen Argumentationstypen und ihren Spiegelbildern auf der Linken gewidmet: »Vom Ende her betrachtet habe ich in Wahrheit die Rhetorik der Intransigenz, der Unversöhnlichkeit, topographisch erfaßt, wie sie seit langem so-

wohl von Reaktionären als auch von Progressiven praktiziert wird.« Unter Rückgriff auf Flaubert nennt er sie »zwei Unverschämtheiten der gleichen Art«. Er sieht die Perspektiven vor allem darin, »der öffentlich geführten Debatte einen Raum jenseits aller extremen, unversöhnlichen Positionen zugänglich zu machen, und zwar in der Hoffnung, daß unsere Auseinandersetzungen damit demokratiefreundlicher werden« (S. 181). Freilich gibt dieses Statement keine Antwort auf die Frage, wie denn das Spannungsfeld strukturiert sein soll, in dem verschiedene Gruppen um den Interessenausgleich ringen, wenn die Pole der Debatte verschwinden.

Nicht diese Quintessenz macht daher auch den Nutzen dieses Buches aus, sondern vielmehr, daß nun die Methode der Archäologie des Wissens gegen jene politische Strömung gerichtet wird, die bisher am meisten von ihr profitiert hat und sie vor allem nutzte, um den Aufklärungs- und Fortschrittsansatz nachhaltig zu diskreditieren. Auf diesem Weg läßt sich - das macht Hirschman praktisch deutlich - Zukunft zurückgewinnen.

*Jochem Meißner*

---

**Joachim Krause/Charles K. Mallory, Chemical Weapons in Soviet Military Doctrine. Military and Historical Experience 1915-1991. Westview Press 1992, 247 Seiten**

**W**AS kann ein Buch zum Thema »Chemische Waffen in der sowjetischen Militärdoktrin« in einer Zeit bezwecken, in der die Sowjetunion nicht mehr existiert und erstmals in der Geschichte ein Vertrag zur Abrüstung che-

mischer Waffen von allen großen Militärmächten ratifiziert wurde? Diese rhetorischen Fragen stellen die Autoren an den Anfang ihrer Studie. Sie hoffen zur historischen Aufarbeitung des Ost-West-Konflikts am Beispiel der Geschichte dieses Massenvernichtungsmittels beizutragen, aber sie wollen auch in einer Zeit des Umbruchs und Übergangs auf Kontinuitäten und mögliche Gefahren hinweisen, die aus diesem Erbe resultieren. Die historische Aufarbeitung dieser Thematik ist jedoch schwierig, da der Zugang zu russischen Archiven nach wie vor nicht einfach ist; ein Zugang zu Militärarchivalien - auch wenn sie sich auf den ersten Weltkrieg beziehen - ist nach wie vor aussichtslos. Ein schwieriges Unterfangen also, weshalb die Autoren auch ausführlich ihre aus diesen Gründen begrenzten Quellen vorstellen und deren Wert diskutieren. Die Autoren werten systematisch alle ihnen zugängliche Spezialliteratur aus; darüber hinaus können sie auf deutsche Quellen zurückgreifen, die sehr ausführlich die Kooperation der Reichswehr mit der Roten Armee in den 20er und Anfang der 30er Jahre dokumentieren. Sie benutzen auch einzelne britische und amerikanische Geheimdienstberichte. Zentral für ihre Studie ist jedoch der Bericht, den der ehemalige Chef der Gasschutzabteilung im Heereswaffenamt, Oberst Hirsch, in den Jahren 1946 bis 1951 für den Chemical Warfare Service der USA aufgrund deutscher Abwehrberichte anfertigte. Sehr stark stützen sie sich auf Dienstanweisungen und Richtlinien, die für die Truppen der Roten Armee zur Anwendung von Gaswaffen bzw. zum Schutz gegen Gaswaffen herausgegeben wurden, da sich in ihnen praktisch materialisiert habe, was Stand des offensiven und defensiven Gaskampfs gewesen sei. Die Autoren betonen, ihnen sei bewußt, wie kritisch und vorsichtig sie mit den von ihnen ausgewerteten Quellen umzugehen haben. Die sowjetische Militärdoktrin ist gewissermaßen die Matrix

ihrer Analyse. Die zaristische Armee trafen die ersten Gasangriffe der Deutschen im Januar und Mai 1915 völlig unvorbereitet. Sie hatte verglichen mit allen anderen Kriegsbeteiligten die höchsten Verluste. Die Russen hatten große Schwierigkeiten, einen effektiven Gasschutz, geschweige denn Gaswaffen, zu entwickeln, obwohl sich ähnlich wie in den westlichen Ländern viele russische Wissenschaftler und wissenschaftliche Institute zur Mitarbeit bereit erklärten. Der Gaskrieg hatte auch hier in kürzester Zeit neue Strukturen und Institutionen geschaffen, in denen Wissenschaftler und Militärs zusammenarbeiteten. In der Truppe wurden die Gaseinsätze entweder von der Artillerie oder von den eigens gebildeten Gastruppen ausgeführt. Insgesamt habe die Erfahrung im ersten Weltkrieg bei den Russen jedoch zu einer Überschätzung der Nützlichkeit und Gefährlichkeit dieser neuen Waffen geführt. Krause und Mallory führen hier bereits zum ersten Mal ein sozialpsychologisches Argument an, das in ihrem Buch immer wieder auftaucht, das ich jedoch für problematisch halte: Die Russen hätten sich gegenüber dem Westen bezogen auf Kriegstechnik und Gaskrieg inferior gefühlt und deshalb den chemischen Krieg überbewertet.

Obwohl mit Brest-Litowsk der erste Weltkrieg für die Russen beendet war, gingen Krieg und auch der Einsatz von Gas in ihrem Land weiter. So sollen die Briten bei ihrer Intervention in den Bürgerkrieg ihre neueste Gasmunition ausprobiert haben; inwieweit die Rote Armee dann im Bürgerkrieg ebenfalls Gas einsetzte, müßte noch geprüft werden, es gebe zumindest Anhaltspunkte dafür. Kriege können nur vermieden werden, wenn unsere Feinde wissen, daß wir jeden Angriff auf uns mit modernsten Waffen begegnen, so Trotzki bereits 1920: »Die Anwendung von Giftgas im letzten Krieg zwingt uns, auch dieses Kriegsmittel in Reserve zur Verteidigung unseres Volkes ge-

gen den Feind zu halten«. Damit diese Drohung zu einer wirklichen Bedrohung und realen Abschreckung werden konnte, mußte erst einmal die fast völlig durch Krieg und Bürgerkrieg zum Erliegen gekommene chemische Industrie wiederaufgebaut werden. Ende der 20er Jahre war erst der Vorkriegsstand erreicht. Riesige Summen wurden zwischen 1927 und 1936 in die chemische Industrie gepumpt. Diese sogenannte Chemisierung war Teil der forcierten Industrialisierung und in den Augen der Bolschewiki wesentliche Voraussetzung für jeden weiteren gesellschaftlichen Fortschritt.

Neben den realen Bedrohungsgefühlen aufgrund der Weltkriegserfahrung ging es den Bolschewiki bei der chemischen Ausrüstung, denke ich, weniger um die Überwindung eines Inferioritätskomplexes als um die Realisierung eines gänzlich westlich orientierten Fortschrittsmodells. Da sie jedoch auf das Know-how und die Technologie des Westens angewiesen waren, um ihren diesbezüglichen Rückstand schnell aufzuholen, suchten sie Partner und fanden sie in den Deutschen. Der Hamburger Chemiker Dr. Stoltzenberg (dessen Name falsch geschrieben ist) erhielt im Mai 1923 den Auftrag, eine Kampfstofffabrik für Lost und Phosgen aufzubauen, die sowohl die Reichswehr wie die Rote Armee beliefern sollte. Das Projekt Trotzki bei Samara scheiterte 1926 (nicht 1928) aus den verschiedensten Gründen. 1927 bis 1933 unterhielten die Deutschen und Russen ein gemeinsames Testgelände in Tomka, wo vor allem aerochemische Versuche durchgeführt wurden. Auf dem Testgelände Tomka in Shikane, das bis heute noch das zentrale Chemiewaffen-Testgelände in Rußland ist, wurden Absprüh- und Abregnungsversuche sowie Geländevergiftungen in großem Stil vorgenommen. Interessant scheint mir, daß die Russen den Deutschen 1932 verstärkt vorwarfen, an neuen Giftgasen zu forschen und diese ihnen nicht entsprechend ihren Absprachen mitzuteilen. In der bisherigen

Forschung - so auch bei Mallory und Krause - wird dies immer wieder als eine gewisse Paranoia seitens der Russen abgetan. Ich denke jedoch, erst der Zugang zu russischen Archiven und hiesigen Werksarchiven wird aufklären, ob sie vielleicht doch nicht so unrecht hatten.

Ende der 20er Jahre war in der Sowjetunion so etwas wie eine Infrastruktur für den Gaskrieg entstanden. Die Forschungen glichen im großen und ganzen denen im Westen, auch in der Herstellung von Gas und Gaswaffen ging man ähnliche Wege. Die Autoren betonen jedoch, daß die Sowjets weniger effektiv gewesen seien. Die Organisation des Kriegsschemischen Dienstes sei dem US-amerikanischen Chemical Warfare Service sehr ähnlich gewesen. Beim Obersten Militärerrat bestand ein Militär-chemisches Leitungsgremium unter Führung von Fischmann, dem auch die Chemischen Truppen unterstanden. In den 30er Jahren hätte das Konzept eines aerodynamischen Kriegs mehr an Einfluß gewonnen, aber über die Organisation der Chemischen Truppen bei der Luftwaffe sei bislang wenig bekannt.

In den 20er Jahren orientierte sich die sowjetische Militärdoktrin noch ganz an den Erfahrungen des ersten Weltkriegs. Sie war defensiv und basierte, was den Einsatz von Gas anbelangte, letztlich auf einem Konzept der Abschreckung. Erst in den Jahren 1930 bis 1935 wurde ähnlich wie im Westen darüber nachgedacht, wie man mit Hilfe des Panzers, der Luftwaffe und des Gases den Stellungskrieg überwinden könne. Unter Führung Tuchatschewskijs übernahm die Rote Armee eine neue offensive Militärkonzeption, die eines schnellen und beweglichen Kriegs. Die Panzer hatten in diesem neuen militärischen Denken für die Durchbrüche zu sorgen, während die Luftwaffe hinter der Front angriff und die kriegswichtige Infrastruktur des Feinds zerstörte. Die Rote Armee wurde entsprechend modernisiert, was sich auch in den Dienstweisungen

der Armee niedergeschlagen hat. Aber im Gegensatz zur deutschen Blitzkriegskonzeption versuchte Tuchatschewskij, möglichst viele Elemente der chemischen Kriegsführung in die neue Konzeption aufzunehmen. Die großen Säuberungen von 1937 erfassten auch das Militär und die Leitung des Kriegsschemischen Dienstes. W. Fischmann und Tuchatschewskij wurden Opfer der großen Säuberungen, was sowohl Auswirkungen auf die sowjetische Militärdoktrin als auch den Chemischen Dienst hatte. Tuchatschewskijs Konzept wurde wieder von traditionelleren Militärüberlegungen, bei denen die Infanterie und Kavallerie dominieren, abgelöst. Dieses änderte sich erst wieder mit Hitlers Einmarsch in Polen, als erstmals die Doktrin vom Blitzkrieg praktiziert wurde.

Warum wurde Gas auf den Schlachtfeldern des zweiten Weltkriegs nicht angewandt? Funktionierte hier das Prinzip der gegenseitigen Abschreckung? Sicher trug aber auch der Kriegsverlauf selbst dazu bei. In der Anfangsphase hatten die Deutschen die militärische Initiative, und Gas hätte sie in ihrem Vormarsch nur gehindert. Sinnvoller wäre es gewesen, wenn die Sowjets sich mit Gas verteidigt hätten. Wie es umgekehrt in der zweiten Kriegsphase militärisch für die Alliierten sinnvoller als für die Deutschen gewesen wäre, Gas zu verwenden. Nach Krause und Mallory haben die Sowjets aus psychologischen und politischen Gründen kein Gas eingesetzt; sie fühlten sich den Deutschen gegenüber vor allem auf dem Sektor der chemischen Industrie und der chemischen Waffen unterlegen. Nicht zuletzt auch aufgrund der großen Säuberungen 1937 waren sie auf einen Gaskrieg nicht gut vorbereitet. So sei es letztlich ein Bündel von Faktoren gewesen, das den Einsatz von chemischen Waffen im zweiten Weltkrieg verhindert habe. Die mechanisierten Streitkräfte zu Land und Luft, strategisches Bombardement und Materialüberlegenheit wären die bestimmenden Faktoren für den Ausgang dieses Kriegs gewesen.

Doch sollte man nicht meinen, daß damit das Kapitel der chemischen Waffen beendet gewesen wäre. Auf ihrem Vormarsch gen Westen hatte die Rote Armee zwei Fabriken besetzt, in denen die Deutschen Nervengase herstellten. Es waren die Tabunanlagen Dyhernfurth bei Breslau und die Sarinanlage Falkenhagen bei Fürstenberg. Ähnlich wie die Briten und Amerikaner wurden auch die sowjetischen Truppen von Spezialisten begleitet, die Informationen über die Entwicklung auf dem Sektor der deutschen Chemiewaffen in Erfahrung bringen und sicherstellen sollten. Die Alliierten seien von den Produktionsanlagen für Nervengase regelrecht geschockt gewesen. Inzwischen ist bekannt, daß die Deutschen, warum auch immer, diese Nervengasfabriken nicht zerstört haben, sondern das höchst gefährliche Gut abtransportieren ließen. So dürfte als gesichert gelten, daß die Sowjets die beiden Anlagen voll übernommen und sicherlich auch einige Spezialisten verhört haben. Die Beweisführung von Krause und Mallory scheint mir besonders in diesem Kapitel interessant und auch überzeugend, denn sie weisen plausibel nach, daß die Sowjets auf der Basis dieser Funde die Forschung auf dem Gebiet der Nervengase und sicherlich auch deren Herstellung fortsetzten. Allerdings soll hier zumindest vermerkt werden, daß die Briten und Amerikaner nicht anders handelten.

Der Kalte Krieg und das Atomzeitalter zogen herauf, und damit änderte sich die militärische Doktrin grundsätzlich und schließlich auch die Bedeutung von chemischen Waffen. Die neue Militärdoktrin war bestimmt vom Gegensatz zu den USA und ihren Verbündeten und vor allem von der neuen Massenvernichtungswaffe: der Atombombe. Die Sowjets gingen davon aus, daß im nächsten Krieg Atomwaffen zum Einsatz kommen würden. Erstmals 1956 sprach man von der Anwendung von Massenvernichtungsmitteln und verstand darunter: Atom- und thermonukleare Waffen, bakteriologische

und chemische Waffen. Um der Militärdoktrin der massiven Vergeltung Nachdruck zu verleihen, wurden in den 60er Jahren große Mengen taktischer Nuklearwaffen in Europa stationiert.

In den Dienstweisungen für die Rote Armee wurden erstmals 1962 chemische Waffen wie ganz normale Kampfmittel abgehandelt. Jedoch weisen die Autoren selbst darauf hin, daß diese Dienstweisungen der realen Möglichkeit der sowjetischen Streitkräfte, einen chemischen Krieg zu führen, in keiner Weise entsprochen hätten.

Die Sowjets bauten in den 70er Jahren ihr Arsenal chemischer Waffen noch einmal aus. Dies mag im Zusammenhang mit der damals entwickelten Militärdoktrin einer nicht-nuklearen Offensive in Mitteleuropa gestanden haben. Nichtsdestotrotz nahm die Bedeutung von C-Waffen im Zeitalter der Atombomben insgesamt ab, vielleicht auch, weil man wußte, daß ein nicht-nuklearer Krieg besser mit anderen als mit chemischen Waffen zu verhindern war. Unter Gorbatschow wandelte sich die sowjetische Militärdoktrin dann grundsätzlich. Sie erhielt einen defensiven Charakter mit der Zielrichtung, Kriege zu vermeiden und wenn dies schon nicht möglich sei, sie zu begrenzen. Vor diesem Hintergrund veränderte sich auch die Bedeutung von chemischen Waffen.

In einem Ausblick gehen Krause und Mallory auf die aktuell politisch unsichere Entwicklung in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion ein und fragen besorgt, ob die chemischen Waffen, die es nach wie vor massenweise gibt, nicht in den ethnischen und nationalistischen Konflikten mit verheerenden Konsequenzen eingesetzt werden könnten. Sie fordern deshalb, alles zu tun, um diese Waffen möglichst vollständig zu kontrollieren und zu vernichten. Trotz der Schwierigkeit der Quellenlage und der Tatsache, daß häufig indirekt geschlußfolgert werden muß, was nicht bewiesen werden kann, ein lesenswertes und durchaus anregendes Buch.

Die deutsche Fassung wird noch in diesem Jahr im Nomos-Verlag erscheinen.

Angelika Ebbinghaus

**Hans Paasche, »Ändert Euren Sinn!«. Schriften eines Revolutionärs, hg. von Helmut Donat und Helga Paasche. Mit einem Nachwort von Robert Jungk. Donat Verlag, Bremen 1992 (Schriftenreihe Geschichte und Frieden, Bd. 2), 256 Seiten, 28,00 DM**

DER erste schweifende Blick über die 42 Schriften, die der Band in sieben thematische Bereiche bündelt, bleibt sicherlich bereits an den Titeln der Dokumentenreihe »Geschändete Natur« hängen: Da protestiert der Autor Hans Paasche, Marineoffizier der kaiserlichen Flotte, im Jahrgang 1912 einer paramilitärischen Zeitschrift gegen die brutale Ausbeutung der natürlichen Ressourcen: »Das Leid der geschändeten Natur war niemals, seit die Erde besteht, so groß wie jetzt, unter der nichtsschonenden Macht des Welt Handels, des Verkehrs und der Industrie.« Fünf Jahre später, in der Endphase des Ersten Weltkrieges beklagt er sich in einem Brief an einen Marine-Generaloberst über das geringe Mitleid der Menschen, das es den Machthabern immer wieder ermöglichte, den Weltkrieg bis zum schrecklichen Erwachen zu führen. Im April 1917 dichtet er ein Antikriegslied, in dem die Soldaten aufgefordert werden, Schluß zu machen mit dem Morden. Ende 1917 wird er verhaftet und zunächst - wegen Aufruf zum Streik - angeklagt. Sein einflußreicher Schwiegervater und das Ansehen seines Vaters als Reichstagsvizepräsident sichern ihm Straffreiheit aufgrund des § 51, des Strafgesetzbuches zu. Am 9. Novem-

ber 1918 befreien ihn revolutionäre Matrosen aus der Untersuchungshaft. In Berlin wird er der Beauftragte des Ressorts »Äußeres und Waffenstillstandsbedingungen«, das die Arbeit des Auswärtigen Amtes bis zur Einberufung des Reichsrätekongresses überprüfen soll. Sein unermüdliches Engagement gegen die Wiedereinsetzung der Vertreter des alten Gewaltapparates wird vor allem vom rechten Flügel der SPD blockiert. Enttäuscht über dieses verräterische Handeln, tief betroffen über den frühen Tod seiner Frau, zieht er sich zunächst von der Politik zurück, tritt dann unter dem Eindruck der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht durch Reichsweherschergen im Frühjahr 1919 in die KPD ein. Seine 1919 publizierten Schriften setzen sich mit seiner Mitschuld am Ersten Weltkrieg auseinander; sie kritisieren außerdem die Kolonialpolitik der imperialistischen Mächte. Wenige Wochen nach seiner Rückkehr in die aktive Politik (Beteiligung an Gemeindewahlen) wird er am 21. Mai 1920 von Reichswehrsoldaten heimtückisch ermordet. Soweit die biographischen Fakten, die Helmut Donat in seinem ausführlichen, mit vielen kritischen Wertungen versehenen Vorwort präsentiert. Er setzt sich auch mit der Wirkung des Mordes auf die antimilitaristische deutsche Öffentlichkeit der 20er Jahre auseinander, der trotz der künstlerischen Verarbeitung von Paasches Persönlichkeit in Werken von Friedrich Wolf, Kurt Tucholsky und Gerhart Hauptmann bald in Vergessenheit geriet.

Die pazifistische Nachkriegsbewegung hat Paasches Wirken und publizistisches Schaffen seit mehreren Jahren zum Gegenstand ihrer unermüdlichen Warnung vor der endgültigen Vernichtung der Erde durch das räuberisch-blindwütige Treiben triebverfehlter Elemente gemacht. Robert Jungk fragt beinahe verzweifelt in seinem Nachwort nach den Paasches der Jahrtausendwende, die seiner Ansicht nach fehlen, weil den 'Lehrern' von heute meist jene Gabe der unmittelbaren und vorur-